

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Elsaß u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 10 M., für das übrige Ausland 17 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 16 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E. 2, Breite Straße 69.

Die achtspaltige Konspirekzelle oder deren Raum kostet 5.- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das gesetzdrückte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,30 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das gesetzdrückte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Verhandlungen wegen der Regierungsbildung

Von Georg Ledebour

Der Brief des Parteivorstehenden der Sozialdemokratischen Partei, der in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, ehe er in unsere Hände gelangen konnte, macht eine genaue Darstellung der zwischen den beiden sozialistischen Parteien geführten Verhandlungen wegen der Regierungsbildung notwendig.

Am Vormittag des 10. Mai, dem Tage, an dem der Reichstag die Entscheidung über Ablehnung oder Annahme des Ultimatums treffen mußte, wurde mir im Verlauf einer Sitzung unserer Fraktion die Mitteilung überbracht, daß der Reichstagspräsident Löbe mich und andere Vertreter unserer Partei um eine Unterredung ersuchte. Ich begab mich mit Gen. Crispian und wir fanden in dem Vorzimmer zwischen unserm Fraktionszimmer und dem der Sozialdemokratischen Partei außer Löbe noch Wels und Richard Fischer.

Löbe richtete an uns die Frage, ob unsere Partei bereit sei, sich an der Bildung einer Regierung zu beteiligen, die an Stelle des nur noch provisorisch fungierenden Kabinetts Fehrenbach-Simons die Unterzeichnung des Ultimatums übernehmen würde.

Ich stellte darauf die Gegenfrage, um was für eine Regierung es sich handle, ob um ein Koalitionskabinett auch mit bürgerlichen Parteien oder um eine rein sozialistische Regierung.

Darauf wurde erwidert, zunächst handelt es sich nur um die Eventualität der Beteiligung an einem Koalitionskabinett, bestehend aus S. P. D., Zentrum und U. S. P. D. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde dann auch die Möglichkeit der Bildung einer Regierung nur durch die sozialistischen Parteien erörtert, doch wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Sozialdemokratische Partei bisher nur Beschluß gefaßt hatte über die Beteiligung an einer Koalition mit bürgerlichen Parteien.

Eine Antwort auf die uns gestellte Frage zu erteilen, mußten wir natürlich der Fraktion vorbehalten. Doch sprach ich sofort persönlich meine Ansicht dahin aus: Ich hielt es für unwahrscheinlich, daß unsere Fraktion sich auf eine Koalition mit bürgerlichen Parteien einlassen würde, wohl aber würde sie, nach unser bisheriger Stellungnahme zu urteilen, auf die Bildung eines rein sozialistischen Kabinetts eingehen. Ich sagte dem auch noch als meine persönliche Meinung hinzu, daß die unumgängliche Voraussetzung für die Übernahme der Regierung durch die sozialistischen Parteien, da sie eine Minderheitsregierung sein würde, die Zusage des Rechts zur sofortigen Auflösung des Reichstags sein müßte, sobald die Reichstagsmehrheit in einer ernsten politischen Frage einen Beschluß gegen das Kabinett fassen würde. Denn sonst hätte die bürgerliche Mehrheit es in der Hand, nachdem die Sozialisten ihr die Unannehmlichkeit der Unterzeichnung des Ultimatums abgenommen hätten, bei passender Gelegenheit durch ein einfaches Votum das sozialistische Kabinett sofort zu beseitigen.

Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. hat dann sofort die Frage der Regierungsbildung eingehend beraten. Sie kam, wie bekanntgegeben, einstimmig ohne Stimmenthaltung zu dem Beschluß, den Eintritt in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien abzulehnen, aber sich zur Beteiligung an einer rein sozialistischen Regierung unter noch näher zu vereinbarenden Bedingungen bereit zu erklären. Ueber Hinzuziehung der auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände seien wir bereit, zu beraten.

Noch während dieser Beratungen wurde uns die Mitteilung gemacht, daß die S. P. D.-Fraktion mit 56 gegen 20 Stimmen den Beschluß gefaßt hatte, mit dem Zentrum allein eine Regierung zu bilden.

Crispian und ich überbrachten dann unsern Beschluß der Sozialdemokratischen Fraktion. Da sie ihre eigene Sitzung bereits aufgehoben hatte, trafen wir nur noch den Vorsitzenden Wels. Wir erfuhren von ihm, daß seine Partei bereits in Verhandlungen mit dem Zentrum eingetreten sei. Da wir zunächst, um keine Zeit zu verlieren, unsern Beschluß nur mündlich mitgeteilt hatten, haben wir später ihn schriftlich formuliert und die Sozialdemokratische Fraktion dann noch ausdrücklich um Antwort gebeten, wie sie sich denn zur Frage der Bildung einer rein sozialistischen Regierung stelle.

In seiner Antwort vom 21. Mai sucht Wels nun die Sache so darzustellen, als ob er und seine Freunde uns gewissermaßen zwei Fragen alternativ — also mit gleicher Durchführungsmöglichkeit — vorgelegt hätten, so daß es noch offen geblieben sei, ob die Rechtssozialisten sich mit uns gemeinsam schließlich für die eine oder die andere Koalitionsregierung entscheiden würden. Er hat trotz der 10 Tage, die er zur Abfassung dieses Schriftstückes gebraucht hat, nicht gemerkt, daß er in den nachfolgenden Sätzen diese Legende selbst zerstört hat. Indem er nämlich anführt, es hätte sich für sie darum ge-

Die Lage in Oberschlesien

Erneute Gefahr der Besetzung des Ruhrgebiets — Briand vor dem Sturz?

CC. Paris, 23. Mai.

Die Lage in Oberschlesien wird in Paris infolge der zwischen den Deutschen und Polen ausgebrochenen Kämpfe als außerordentlich ernst angesehen. In der Umgebung des Ministerpräsidenten wird erklärt, daß dieser zu sehr energischem Handeln entschlossen sei. Briand läßt genaue Nachforschungen darüber anstellen, woher die nach Oberschlesien eingedrungenen deutschen Truppen kamen; sollte durch Zeugen einwandfrei festgestellt werden können, daß diese Truppen aus Deutschland kamen und deutsche oder ehemals deutsche Soldaten seien, ist es sehr wahrscheinlich, daß der Ministerpräsident in dem morgigen Ministerrat schwerwiegende Entscheidungen beantragen wird. Insbesondere dürfte er auf der sofortigen Besetzung des Ruhrgebietes bestehen. Die Vertreter Frankreichs in Breslau und Oppeln wurden dringend aufgefordert, genaue Berichte über die Vorgänge zu erstatten. Dem „Intransigent“ zufolge wünscht man in Frankreich, daß auch die italienischen und englischen Vertreter ihre Berichte nach Paris senden mögen.

Die morgige Kammerdebatte wird einen durchaus veränderten Charakter tragen. Die Verhandlungen über das Londoner Abkommen werden vollkommen in den Hintergrund treten, und die obereschlesische Frage wird den Hauptgegenstand der Sitzung bilden. Der sozialistische Abgeordnete Auriole hat sich entschlossen, da er über das Finanzprogramm sprechen wollte, seinen Platz auf der Rednertribüne seinen Kollegen Marcel Maunet oder Dute abzutreten, die die Regierung über ihre Absichten in der in Oberschlesien neuerschaffenen Lage befragen werden. Auch Ministerpräsident Briand wird morgen eine große politische Rede halten. In den Kammercouloirs wird erklärt, daß, falls Briand morgen nicht selbst die Besetzung des Ruhrgebiets fordere, er noch morgen gekürzt werden wird.

Der „Temps“ sieht sich durch die jüngsten Ereignisse in Oberschlesien veranlaßt, zu erklären, daß die gegenwärtige deutsche Regierung zwar Unterstützung verdiene, daß ihr aber die anderen Behörden, wie die Eisenbahn und Polizei, nicht gehorchen. Unter diesen Umständen könnten natürlich die französischen Truppen nicht mehr in den zahlreichen Dörfern verstreut garnisonieren, sondern man müsse sie konzentrieren, damit die Straßenkämpfe zwischen den Deutschen und den Polen weiterhin vermieden werden. Die ganze Zukunft hänge jetzt von Lloyd George ab. An der Entwicklung der obereschlesischen Verhältnisse treffe ihn zwar schon große Verantwortlichkeit, da er keine englischen Truppen entsandt hatte und den Deutschen den Einmarsch in das Gebiet gestattet. Auch habe er es unterlassen, Frankreich bei seinem Schritte in Berlin zu unterstützen. Man müsse daher ernsthafte Befürchtungen hegen, daß die Lage in Oberschlesien in einen wirklichen Krieg ausarten könne und daß die

handelt, über alle Eventualitäten bei der notwendigen Regierungsbildung sich Klarheit zu schaffen, erläutert er das näher mit den Worten:

So auch über die, die eingetreten wäre, wenn das Zentrum zwar dem Ultimatum zugestimmt, es aber abgelehnt hätte, allein mit der Sozialdemokratie die Regierung zu bilden. Dann wäre die Frage akut gewesen, ob das Zentrum bereit war, eine rein sozialistische Regierung, die das Ultimatum annehmen bereit war, durch die entscheidende Abstimmung im Parlament zu unterstützen. In einem bestimmten Stadium der Verhandlungen ist diese Frage auch den Unterhändlern des Zentrums vorgelegt, jedoch, wie zu erwarten war, ablehnend beantwortet worden.

Aus diesen Bemerkungen geht ganz klar hervor, daß die Sozialdemokratische Fraktion schon, ehe sie an uns herantrat, entschlossen war, mit dem Zentrum allein die Regierung zu bilden, und nur wenn das Zentrum diese Kombination abgelehnt hätte, war an die Möglichkeit einer Kabinettsbildung mit der U. S. P. D. gedacht. Das Bündnis mit unserer Partei hatte die S. P. D. aber obendrein auch wieder von der Genehmigung durch das Zentrum abhängig gemacht. Es hätte nach dem Wels-Briefe ja nur dann abgeschlossen werden dürfen, wenn das Zentrum sich vorher bereit erklärt gehabt hätte, durch die entscheidende Abstimmung das sozialistische Kabinett zu unterstützen. Die Erfüllung dieser letzteren Voraussetzung haben die Rechtssozialisten aber selbst von vornherein gar nicht geglaubt. Das geht aus den Worten hervor: „wie zu erwarten war“, hätte das Zentrum diese Frage ablehnend beantwortet.

Der Brief von Wels bekräftigt also nur den Eindruck, den wir schon im Laufe der Verhandlungen gewonnen hatten, daß die Rechtssozialisten eine Regierungsbildung mit bürgerlichen Parteien, oder, genauer gesagt, mit dem Zentrum allein einer rein sozialistischen Regierung von vornherein vorgezogen und sich auf die obendrein unverbündlichen Unterhaltungen über ein rein sozialistisches Kabinett nur deshalb eingelassen haben, um näher den Arbeitern sagen zu können, sie hätten auch darüber mit uns verhandelt.

gegenwärtige deutsche Regierung durch die Anhänger des „Resonanzgedankens“ verdrängt werde.

General Weygand kommt nach Oberschlesien

DE. (Drahtbericht.) Warschau, 23. Mai.

General Weygand, der ehemalige Stabschef des Marschalls Foch, wird in den nächsten Tagen in Oberschlesien erwartet. Der General soll nicht an Stelle des Generals Le Rond das Kommando über die interalliierten Truppen übernehmen, wie ursprünglich angenommen wurde, sondern die Lage vom militärischen Standpunkt aus prüfen. Die Leitung der Aufständischen trifft, nach polnischen Meldungen, Veranstaltungen, um General Weygand in ihrem Gebiete als Gast zu begrüßen.

Die polnischen Fallschirmtruppen über Oberschlesien dauern an. Der „Kurjer Poranny“ läßt sich aus Oppeln die Verhaftung eines deutschen Chauffeurs melden, der beim Verhör ausgefragt haben soll, daß von den Deutschen ein Attentat auf General Le Rond geplant werde.

Englische Truppen nach Oberschlesien

London, 23. Mai.

Neuter erfährt, daß beschlossen worden ist, vier britische Infanteriebataillone vom Rhein nach Oberschlesien zu entsenden. Die Truppen sind aber noch nicht abmarschieret. Die Anordnungen hierfür sollen erst nach einer Besprechung mit den militärischen Behörden der Franzosen getroffen werden.

„Daily News“ beantworten die französische Note an den Minister des Auswärtigen dahin, daß die deutsche Regierung ihre Pflicht gegenüber den freiwilligen Kriegsveteranen ehrlich erfüllen und es viel verständiger wäre, wenn die alliierten Botschafter in Berlin sich untereinander und mit der deutschen Regierung sachlich verständigen, anstatt protestierend aufzutreten. Man brauche sich nicht zu wundern, daß Deutschland keine Zahlungsmittel und kein Geld nach Oberschlesien schicke, da beides nur den Aufstand fördern würde. Von einer Verletzung des Versailler Friedensvertrages könne nicht die Rede sein. Trotzdem sei dem deutschen Reichsminister ein Hint gegeben worden, daß durch eine solche Handlungsweise die deutsche Sache nicht gefördert würde.

Keine Revolution in Portugal

London, 23. Mai.

Neuter erfährt aus amtlicher portugiesischer Quelle, daß die portugiesische Regierung bei Prüfung der politischen Lage den Beschluß zum Rücktritt gefaßt habe, obwohl kein Mißtrauensvotum des Parlaments vorlag. Im ganzen Lande herrsche vollkommen Ordnung.

Eine weitere Neutermeldung aus Lissabon besagt: Präsident Almeida hat Augusto Soares den Auftrag erteilt, das neue Kabinett zu bilden. Man spricht von einer Auflösung des Parlaments. Der Präsident scheint der Loyalität aller Truppen, die die Lissaboner Garnison bilden, sicher zu sein.

Dabei ist noch ausdrücklich zu betonen, daß es sich nicht nur bei Bildung eines rein sozialistischen Kabinetts, sondern auch bei der Kombination: Zentrum-Sozialdemokraten nur um eine Minderheitsregierung handelte. Also auch der Gesichtspunkt, daß man doch eine Minderheitsregierung vermeiden müsse, kann nicht für die Bevorzugung des Zentrums gegenüber der U. S. P. D. durch die Rechtssozialisten ausgenutzt werden. Ja, sogar die auf Betreiben Ehrerts bewirkte Zuziehung der Demokraten gibt dem Kabinett Wirth keine Mehrheit im Reichstag. Es war auch für die Annahme des Ultimatums auf die Unterstützung anderer Parteien, und zwar der Unabhängigen Sozialdemokratie, angewiesen. Ist es doch wohl die auffälligste Absurdität der gegenwärtigen Situation, daß eine der Regierungsparteien, die demokratische, in der entscheidenden Lebensfrage der Nation, ob nämlich das Ultimatum angenommen oder abgelehnt werden sollte, in ihrer Mehrheit für die Ablehnung und damit gegen das Kabinett Wirth gestimmt hat.

Doch der Wels-Brief nötigt mich noch zu einer Anfrage an das Zentrum. Ich schicke folgendes voraus: Als wir in der Fraktion der U. S. P. D. Stellung nahmen zu dem Ultimatum, sahen wir uns ausschließlich von den aus dieser Frage selbst hervorgehenden sachlichen Erwägungen leiten. Wir beschloßen, für das Ultimatum zu stimmen unter allen Umständen, ganz gleichgültig, welche Regierung am Ruder sein würde. Entweder die Behauptungen des Wels-Briefes den Tatsachen, so hat indes das Zentrum ganz anders gehandelt. Es hätte seine Zustimmung davon abhängig gemacht, welche Parteien an der Regierungsbildung beteiligt sein würden. Hätte am Abend des 10. Mai ein rein sozialistisches Kabinett unter Mitwirkung der U. S. P. D. die Regierung übernommen, so hätte das Zentrum es abgelehnt, „durch die entscheidende Abstimmung“, die also durch die Annahme des Ultimatums, die Regierung zu unterstützen.“ Das heißt: in einer entscheidenden Lebensfrage einer Nation nicht durch sachliche Er-

Der erste Kriegsverbrecher-Prozess

wägungen, sondern nur durch ein augenblickliches Parteiinteresse, wie es die Befehung einiger Ministerfessel ist, sich leiten lassen!

Ich erlaube nunmehr die Zentrumsparter, Hupp und Max die Frage zu beantworten: Entspricht die Darstellung des Wels-Briefes den Tatsachen? Würde die Zentrumsparterie, wenn sich am 10. Mai eine rein sozialistische Regierung gebildet hätte, gegen das Ultimatum gestimmt haben? Ja oder nein?

Alle diese Feststellungen, insbesondere die, daß wir Unabhängigen zur Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums bereit waren, daß die S. P. D. aber dieser Möglichkeit die Bildung einer Minderheitsregierung in Gemeinschaft mit bürgerlichen Parteien vorgezogen hat, muß man in Erwägung ziehen, um die Unverantwortlichkeit vollumfänglich zu können, mit der der „Vorwärts“ am 20. Mai abends in Betrachtung eines Artikels des Gen. Breitscheid im „Sozialist“ schrieb:

„Auch dem Wunsche des Verfassers, den Kurs nach links zu steuern, kann die Sozialdemokratie vorbehaltlos zustimmen; nur darf nicht übersehen werden, daß dieser Linkskurs bisher noch stets an der ablehnenden Haltung der Unabhängigen gescheitert ist. Die Sozialdemokratie trat bekanntlich auch diesmal wieder an die Unabhängigen zwecks gemeinsamer Regierungsbildung heran, und wieder wurde das offene Ergehen unserer Partei unter einem fadenheiniigen Vorwand von der U. S. P. D. abgelehnt.“

Arbeiter, denen alle die komplizierten Vorgänge bei der Regierungsbildung unbekannt geblieben sind, müssen aus den Worten des „Vorwärts“ die Überzeugung schöpfen, daß wir Unabhängigen die Gelegenheit zur Nachbesserung durch die Vertreter des Proletariats verweigert hätten, während wir umgekehrt dazu auch diesmal wie früher schon bereit waren, um die Regierungsgewalt in sozialistischem Sinne auszunutzen und die sozialistischen Forderungen gemäß unserer Kundgebung vom 14. Mai betreiben zu können. Was wir abgelehnt haben, war, uns zu einem Unabhängigen eines kapitalistisch orientierten Koalitionskabinetts machen zu lassen.

Daß das Kabinett Wirth dazu getrieben wird, nach links zu steuern, dazu können wir unabhängig von Regierungskoalition obendrein weit besser einwirken als innerhalb des Kabinetts. Wir werden jede Maßregel des Kabinetts daraufhin prüfen, ob sie auf eine Verbesserung unserer Zustände im Sinne unseres Programms hinauskommt. Ist das der Fall, so werden wir ihr zustimmen, bedeutet sie einen Rückschritt, so lehnen wir sie ab. Das Ministerium weiß also ganz genau, wie es sich mit unserer Unterstützung eine Mehrheit schaffen kann. Wir werden es aber entschieden bekämpfen, sobald es, um sich die Gunst der Westarp und Stresemann zu sichern, in eine nationalistische Reaktionspolitik entschließen soll.

Unsere Politik wird eben stets von sachlichen Erwägungen bestimmt sein, wir treiben keine Politik der Rancune und Sabotage, die nur darauf ausgeht, ein Ministerium, an dem wir nicht beteiligt sind, zu schikanieren und womöglich zu stürzen, ohne daß wir sicher sind, ein besseres an seine Stelle setzen zu können. Wir sind überzeugt: mit einer solchen Politik der klaren Richtlinien und der großen Ziele dienen wir am besten dem Proletariat, das uns mit der Vertretung seiner Interessen betraut hat.

Wir geben nachstehend den Wortlaut des Antwortschreibens der S.P.D. wieder:

Werte Genossen!

Sie ersuchen in Ihrem Schreiben vom 10. Mai um eine schriftliche Antwort, indem Sie zugleich Ihre Erklärung als eine „Gegenfrage“ an die Sozialdemokratische Partei bezeichnen, ob diese zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung unter noch näher zu vereinbarenden Bedingungen und Hinzuziehung des Gewerkschaftsbundes, der Afa und der auf freiem gewerkschaftlichen Boden stehenden Beamtenorganisationen bereit wäre.

Ich erlaube mir darauf den Hinweis, daß die Frage betr. Bildung einer sozialistischen Regierung nicht, wie es in dem darauf bezüglichen Bericht der „Freiheit“ hieß und auch aus Ihrem Schreiben den Anschein haben kann, von Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie angeknüpft wurde, sondern von den Beauftragten unserer Fraktion als Frage 2 an die Unabhängige Partei gestellt war. Deshalb erscheint es uns irrig, wenn Sie Ihre Antwort als eine „Gegenfrage an unsere Partei“ bezeichnen.

Für die Sozialdemokratische Partei ist und bleibt die Bildung einer rein sozialistischen Regierung das unausgesetzte erstrebte Ziel. Sie treibt Koalitionspolitik nur unter dem Zwang der Notwendigkeit und nicht aus Prinzip oder Neigung für eine der dabei beteiligten bürgerlichen Parteien.

Als wir am 10. Mai die Frage an die U.S.P. richteten, ob sie bereit wäre:

1. gemeinsam mit uns und dem Zentrum eine Koalitionsregierung zu bilden, und
2. gegebenenfalls eine rein sozialistische Regierung zu bilden,

handelte es sich für uns in der derzeitigen gespannten Situation darum, über alle Eventualitäten bei der notwendigen Regierungsbildung im klaren zu sein; so auch über die, die eingetreten wäre, wenn das Zentrum zwar dem Ultimatum zugestimmt, es aber abgelehnt hätte, allein mit der Sozialdemokratie die Regierung zu bilden. Dann wäre die Frage akut gewesen, ob das Zentrum bereit war, eine rein sozialistische Regierung, die das Ultimatum anzunehmen bereit war, durch die entscheidende Abstimmung im Parlament zu unterstützen.

In einem bestimmten Stadium der Verhandlungen ist diese Frage auch den Unterhändlern des Zentrums vorgelegt, jedoch, wie zu erwarten war, ablehnend beantwortet worden.

Die Sozialdemokratische Fraktion ist von dem Beschluß Ihrer Fraktion unmittelbar nach der Unterredung, die der Unterzeichner mit den Genossen Ledebour und Crispian hatte, informiert worden, ebenso erhielt sie Kenntnis von Ihrem schriftlichen Bescheid. Ihre Stellungnahme ergab sich aus dem Vorhergesagten. Wenn die erbetene schriftliche Antwort von der Fraktion nicht sofort festgestellt wurde, so ist das mit den ungleich wichtigeren dringenden Arbeiten jener Tage wohl genügend begründet. Der Unterzeichner, als der mit der Antwort Beauftragte, aber war durch längere Abwesenheit von Berlin an der sofortigen Beantwortung verhindert.

Mit Parteigrüß: Wels.

Eine Konferenz der preussischen Polizeipräsidenten findet am 24. Mai auf Einladung des preussischen Ministers des Innern statt. Hiedurch sollen in Uebereinstimmung mit den Wünschen der beteiligten Beamten eine in der Vorkriegszeit ständig gepflegte Übung wieder aufgenommen werden. Ein sonstiger Anlaß, insbesondere politischer Art, liegt der Zusammenkunft nicht zu Grunde. Auf der Tagesordnung stehen Fragen der Dienstverteilung sowie vor allem auch der Beamtensoldat im Hinblick auf die Neuregelung der Zuständigkeit der Polizeipräsidenten.

Die Verhandlungen gegen die der Kriegsverbrecher beschuldigten deutschen Militärpersonen, zu deren Aburteilung Deutschland nach dem Pariser Vertrag verpflichtet ist, haben nunmehr, wie bereits gemeldet, begonnen. Den Prozeßgegenstand, den Angeklagten, den Anklagenvertreter und die englischen juristischen Vertreter haben wir in unserer gestrigen Abendausgabe bereits genannt. Der Vorsitzende, Senatpräsident Dr. Schmidt, betonte bei Beginn der Verhandlungen, daß politische Erwägungen und politische Erörterungen an dieser Stelle keinen Raum haben. Die Aufgabe bestehe darin, festzustellen, ob den Angeklagten persönlich eine Schuld treffe an den Anklagen, die gegen ihn erhoben worden seien.

Der Angeklagte, Küfermeister Karl Henn, Barmen, der sich wegen Gefangenenmishandlung zu verantworten hat, ist wegen dieser Mishandlungen bereits zu zwei Wochen Mittelarrest verurteilt, die ihm durch Amnestie erlassen worden sind. Die Art und der Ton seiner Aussagen sind keineswegs geeignet, Zweifel an der Richtigkeit der ihm zugeschriebenen Mishandlungen zu erwecken. Es stellt sich dabei die interessante Tatsache heraus, daß die Kommandanturen der Kriegsgefangenenlager einem Unteroffizier 240 englische und 40 russische Kriegsgefangene anvertrauen, ohne ihm Anweisungen über deren Behandlung zu geben. Es wurde dem Henn lebhaft aufgetragen, dafür Sorge zu tragen, daß die Gefangenen arbeiteten.

Wie er das mache, sei seine Sache.

Das heißt doch getadelt, die Gefangenen der Militär ein zelnen preisgeben. Der Kommandant des Kriegsgefangenenlagers Münster müßte demnach ebenso zur Verantwortung gezogen werden wie sein Untergebener. Zum Beweis für den Umgang, den der Angeklagte mit den Gefangenen pflegte, sowie für die selbstschwere Art seiner Verteidigung diene nachfolgender Abschnitt aus dem Verhandlungsbericht:

Im Verlauf einer weiteren Vernehmung gibt der Angeklagte Henn die Schilderung eines „besonders kritischen Tages“. Bei einem Transport zum Schacht wären auffällig viele Leute ausgefallen, so daß er nur mit etwa 60 Prozent der Gefangenen im Lager ankam, die sofort gesperrt wurden. Durch Varrs, der etwas Deutsch verstand, habe er die Engländer zusammenzutreiben lassen wollen, um ihnen das Handwerkzeug zur Einfahrt in den Schacht zu geben. Die Leute hatten keine Neigung dazu, so daß darüber lange Zeit verging, ehe sie sich gruppierten. Darüber sei er aufgeregt geworden und habe Harry

einem Faustschlag gegeben, der ihn ins Auge traf.

Die anderen Gefangenen habe er dann tatsächlich zur Arbeit angetrieben, doch mit dem Setzungewehr habe er nicht geschlagen. Schließlich sei es ihm gelungen, die Leute in den Schacht zu bringen. Der Angeklagte verweigert sich auch dagegen, daß er Gefangene mit dem Kolben geschlagen habe. Es sei vielleicht

möglich, daß sich einige Gefangene beim Herabgehen einer Treppe an seinem Gewehrkolben gestoßen hätten.

Vorsitzender: Derartige Erklärungen halte ich für unklar, außerdem glaubt Ihnen das doch kein Mensch.

Angeklagter: Wenn ich mit einem 70er Gewehr einen Mann auf den Kopf schlage, so steht er nicht mehr auf! (Lachen im Zuschauerraum.)

Der Vorsitzende weist die Bemerkung des Angeklagten als ungebührlich zurück und rügt auch das Lachen im Zuschauerraum, das der Sache und dem Ort unwürdig sei.

Vorsitzender: Schläge mit Revolver und Stöcken wollen Sie also niemals verabsolut haben. Nun sollen Sie aber selbst einen Gefangenen, der über starke Zahnschmerzen klagte, mit der Faust geschlagen haben. Wie ist es damit? — Angeklagter: Ich kann mich daran nicht erinnern, es kann aber möglich sein. — Vorsitzender: Sie sollen auch mit Steinen nach den Gefangenen geworfen haben? — Angeklagter: Das kann sein.

Als ich Neut war, tat das mein Bizefeldweibel auch.

Vorsitzender: Sie müßten aber doch wissen, daß man Leute anderer Nationalität anders behandelt? — Angeklagter: Als Soldat denkt man sich nicht dabei; heute würde ich anders handeln. — Vorsitzender: Wie ist das mit den Beschimpfungen? Sie sollen Gefangene „Schwein“ genannt haben und dem Wort einen Zusatz gegeben haben, der ihr Nationalempfinden kränken mußte? — Der Angeklagte bestreitet das entschieden.

Es wird dann ein Fall erörtert, in dem der Angeklagte einem Gefangenen, der Anzeichen von Geisteskrankheit zeigte, weil er sich beschmutzt hatte, längere Zeit unter einer kalten Dusche hat stellen lassen. Der Angeklagte bestreitet auch das. Wenn das geschehen sei, so sei er dafür nicht verantwortlich.

Zwei englische Zeugen, der ehemalige Gefangene Murray und ein anderer Gefangener, erklären mit aller Bestimmtheit, daß Henn den Gefangenen oft Fußtritte verleiht und sie sehr häufig mit Steinen beworfen habe. Der mit dem Gewehrkolben geschlagene Gefangene sei ohnmächtig zusammengebrochen. Der Angeklagte bleibt demgegenüber bei seinen Aussagen.

Die Verlesung der Prozeßakten des Militärgerichts, das seiterteit den Angeklagten zu 14 Tage Mittelarrest verurteilte, ergab, daß das Gericht die dem Angeklagten zur Last gelegten Handlungen, wie Stockschläge, Fußtritte, Faustschläge usw., als erwiesen ansah. Darauf wurden die Verhandlungen unterbrochen, um am Nachmittag fortgesetzt zu werden.

Daß Faustschläge ins Gesicht, Kolbenstöße, Steinwürfe keine Umgangsformen mit wehrlosen Kriegsgefangenen sind, bedarf keiner Erörterung. Verantwortlich für diese Taten ist der preussische Militarismus, der die Soldaten in blindem Gehorsam drückte und zur verantwortungslosen Brutalität geradezu anspornte. Es ist nicht mehr als gerecht, wenn solche Menschenhinder empfindlich gestraft werden. Das kann dem deutschen Namen in der Welt nur förderlich sein.

Mordbrennerien

Die Orgesch als „Heimatschutz“

Die von der bayrischen Orgesch eingerichteten Expeditionen nach Oberschlesien sind zum Teil bereits an Ort und Stelle angelangt und in Tätigkeit getreten. Wie diese Tätigkeit beschaffen ist, dafür birgt der Ruf der unter dem Zeichen des Hakenkreuzes lebenden und kämpfenden Banditen. Meldungen, die darüber in der Presse erscheinen, erinnern an die schlimmsten Zeiten des Kampfes der Freischaren unter Kosses Führung gegen den „inneren Feind“. Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich z. B. aus Breslau melden, daß sich das bayrische Freikorps „Oberland“ an der Grenze des Abstimmungsgebietes gesammelt hat. Da dieses Freikorps sich keineswegs nur aus gebürtigen Oberschlesiern zusammensetzt, die im Einverständnis mit der Interalliierten Kommission das Recht haben, ihre Heimat zu schützen, sondern auch aus „abenteuereustigen und unzuverlässigen Elementen“, wie sich der Korrespondent des „B. T.“ ausdrückt, hat der italienische Militärkommandant den Richtigerehschletern den Zutritt in das Abstimmungsgebiet verwehrt. Diese Teile des Freikorps führen daher an der Grenze ein romantisches Stappensleben. Die Meldung des „B. T.“ schildert diesen lieblichen Zustand folgendermaßen:

Die „Oberländer“ betätigen ihre politische Gesinnung durch Gefänge, wie: Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarzweißrotes Band“ und durch Rückweisung der obereschlesischen Studenten jüdischen Glaubens, die aus Bayern nach Oberschlesien geübt waren, um in den Grenzschutz einzutreten. Da die Oberländer nicht gegen die polnischen Führer kämpfen dürfen, führen sie Krieg gegen deutsche Volksgenossen. So haben sie in Reiche terroristische Akte gegen den sozialdemokratischen Redakteur Hertwig verübt, der als besonnenen Führer der Arbeiterklasse sich in seinem Blatt für den Selbstschutz der Oberschlesier einsetzt hatte und deshalb schon Anfeindungen der Kommunisten in Reiche zu ertragen hatte, die gegen den Selbstschutz in jeder Form Stimmung zu machen suchten. In Rosslau haben die Kreishärter das Rathaus besetzt und die Auslieferung dort aufbewahrter Waffen mit Gewalt erzwungen. In diesen Fällen war die Sicherheitspolizei offenbar zu schwach zum Einreifen.

Auch der „Vorwärts“, der viele der Einzelheiten der Meldung des „B. T.“ bekämpft, berichtet, daß die bayrischen Orgeschbanditen in einem Telegramm aus Dresden einen ersten Sieg über einen Betriebsrat meldeten. Auch der „Vorwärts“ schreibt, daß das bayrische Korps „Oberland“ in Reiche Erfolge gegen das sozialdemokratische Parteisekretariat verübt und die Gewerkschaftsfunktionäre mit Erschießen bedrohte.

Dieses Banditenvolk führt also Krieg auf eigene Faust gegen die einernen Volksleute, und zwar, außer dem Waffenspruch „Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarzweißrotes Band“, vor allem gegen Juden und gegen Sozialdemokraten. Das Treiben der Leute artet also mehr und mehr zu einem öffentlichen Spottakel und zu einer Gefahr für die Sicherheit im Lande aus. Wir fordern zwar keine Sonderrechte gegen die Orgeschmänner, obwohl der Herr Reichspräsident von seinem Standpunkt aus eigentlich zu solcher Maßnahme kommen müßte, aber wir erwarten, daß die Regierung sofort und mit Rücksichtloser Schärfe gegen dieses Treiben vorgeht und die Gesellschaft sofort entwaffnen und auflösen läßt.

Der „Selbstschutz“

Einige Arbeiter, die nach Beschäftigung suchten, erhielten folgenden Ausweis ausgehändigt:

Herr ist hier beim Selbstschutz. Es wird gebeten, ihm keine Schwierigkeiten zu bereiten. Ich bin bereit, jede gewünschte Auskunft über ihn zu erteilen.

Fuchs, Gartenstr. 6.

Die Regierung mag dafür sorgen, daß diese Orgeschwerbelle sofort befeitigt wird!

Noch immer Werbungen!

Drahimeldung unseres Korrespondenten.

Dresden, 23. Mai.

Die Orgeschkräftungen gehen weiter. Folgende Dokumente sind uns übermittelt worden:

Dresden, 21. Mai.

P. S.

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß Sie zwecks Einstellung in die Apo nochmals eine schriftliche Meldung einreichen müssen, und zwar nach der Interalliierten Kommission, Meldestelle für Abstimmungspolizei, Gymnasium, Oppeln D.S. Politisches Führungszentrum ist beizufügen. An täglicher Lohnung erhalten Sie, sobald Sie die obereschlesische Grenze passiert haben, 50 Mark, abzüglich eines Teiles für Verpflegung. Sie wollen bitte die Meldung sofort einreichen, da die Sache sehr eilt.

Mit treudeutschem Gruß

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier Bezirksgruppe Dresden, Ferdinandstraße 17, I.

Dresden, 21. Mai 1921.

Zwecks Einstellung in die Apo werden Sie ersucht, sich am Sonntag, den 22. d. M., 11 Uhr vormittags, im Restaurant Kronprinz Rudolf, Schreibergasse, einzufinden.

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier Bezirksgruppe Dresden, Ferdinandstraße 17, I.

Inzwischen ist den Angeworbenen, die größtenteils Dresden und keine Oberschlesier sind, mitgeteilt worden, daß sie nicht für die Abstimmungspolizei der Interalliierten Kommission, sondern für eine „freiwillige Schutzpolizei“ — soll also heißen, für den Bandenkrieg — bestimmt sind. Die Leute sind beauftragt, sich auf dem Hauptbahnhof zu sammeln; ein anderer Teil trifft sich auf dem Bahnhof Wettiner Straße. Es sind Fahrkarten zunächst bis Arnshof D.-S. zu lösen. Von dort aus werden sie auf der Landstraße in Transporten von je 100 Mann nach Oberschlesien weitergeleitet.

Von der sächsischen Regierung sind entsprechende Maßnahmen getroffen worden.

Nationalistische Verhegung

Folgender ungläublicher Vorgang wird uns mitgeteilt: Auf der Grube „Alara“ des Braunkohlenwerks in Weizsä in der Niederlausitz arbeiten etwa 2000 Mann, von denen gegen 300 reichsdeutsche Polen sind, die teilweise nicht einmal die polnische Sprache beherrschen. Am 11. Mai sah die Belegschaft einen Beschluß, wonach alle Polen entlassen werden sollten. Der Betriebsrat mit dem Obmann Janus an der Spitze stimmte dafür. Zwei Mann wurden auf der Stelle entlassen. Am Montag den 16. Mai fuhr die gesamte Belegschaft an. Kaum hatten die 300 „Polen“ etwa eine Stunde gearbeitet, so wurden sie von der übrigen Belegschaft entfernt. Eine Kommission der gewaltsam Vertriebenen sprach bei der Direktion vor unser Hinzuziehung eines Vertreters des polnischen Konsulats. Die Direktoren, Dr. Wolf und Dr. Bogt, erklärten sich gegen dieses Gebahren der Belegschaft, fügten aber hinzu, daß sie außerstande seien, ihren Willen durchzusetzen. Es kam aber eine Vereinbarung zustande, wonach 100 Mann sofort zu entlassen sind, den übrigen sollte sofort gekündigt und bis zum 15. Juni müßten diese die Arbeitsstelle verlassen haben.

Trotz die ganze Belegschaft ist freigewerkschaftlich organisiert, dergleichen auch die in Frage kommenden etwa 300 Mann. Nur wenige gehören der polnischen Berufsvereinigung an. Auch der Bezirksleiter Josef Brieving des Deutschen Bergarbeiterverbandes hatte sich gegen diese Aktion gewandt, aber er erklärte gleichfalls, daß er machtlos sei, irgendetwas für die gemißhandelten Vertriebenen zu tun.

Es muß sofort die Aufgabe des Verbandes der Bergarbeiter sein, sich mit aller Kraft gegen solche nationalstische Widerstandsmaßnahmen zu wenden, und die Mitglieder veranlassen, nicht in Konkurrenz zu treten mit den bürgerlichen Nationalisten!

Zentrum und Wiedergutmachung

Die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ erörtert in einem längeren Artikel die Aufgaben, die sich aus der Annahme des Ultimatums für die Regierung ergeben. Besondere Beachtung verdient, was das zentrumssoffizielle Organ über die Aufbringung der Wiedergutmachungen schreibt. Es heißt darüber in dem Artikel:

„Die Annahme des Ultimatums bedeutet, daß wir jährlich mindestens drei Milliarden Goldmark aufbringen müssen. Was wir darüber aufbringen, wird als Tilgung und Verzinsung der als Rest feststehenden 80 Goldmilliarden gutgeschrieben. Hier liegt die immer noch bestehende Gefahr der Anwendung sogenannter Sanktionen, von denen wir uns loeben noch durch die Ultimatumsannahme freigehalten haben. Soll ein neuer Zusammenstoß auf diesem Gebiete mit den für uns stets traurigen Folgen abgewendet werden, für immer unmöglich werden, müssen wir eine Politik auf lange Sicht treiben. Nach Leistung der geforderten ersten Goldmilliarde haben wir eine Atempause bis zum 1. November dieses Jahres. Es besteht wohl kaum noch ein Zweifel, daß diese Milliarde aufgebracht werden wird. Wir müssen aber gleichzeitig durch äußerste Kräfteanstrengung zu erreichen suchen, daß wir bis zu dem genannten Termin 2-3 Goldmilliarden aufbringen. Lehre sollen den Fonds bilden, der dann angegriffen wird, wenn uns jede andere Möglichkeit fehlt, fällige Ratenzahlungen zu leisten. Hierzu ist ein scharfer Eingriff in unser Volkswirtschaften unerlässlich. Noch haben wir fremde neutrale Wertpapiere, die zu diesem Zweck vom Reich ausgeben und gegen Entschädigung beschlagnahmt werden müssen. Wenn wir dazu das noch vorhandene Gold, Silber und Juwelen beschlagnahmen, dürfen wir einige Kerengoldmilliarden für das Reich heraushehlen. Auf diese Weise sichern wir uns am besten vor neuen Gewaltmaßnahmen der Gegner, denn wir bekommen so ein volles Jahr Zeit, ehe nach den Vertragsbestimmungen eine feindselige Aktion erfolgen kann.

Damit ist bereits die weitere Frage gestellt, ob wir überhaupt jährlich 2 Goldmilliarden und 25 Prozent Ausfuhrabgabe leisten können. Niemand wird sie wohl mit einem absoluten „Ja“ beantworten wollen. Trotzdem müssen wir den Versuch machen und alle Kräfte einsetzen. Beständig der Jahresrate von 2 Goldmilliarden ist es ganz klar, daß wir dieselben nicht durch Erhöhung der Reichsschulden aufbringen können, indem wir neues Papiergeld ausgeben, sondern wir müssen dieselben durch Warenlieferungen abtragen. Dabei ist ein Kampf um die Warenpreisgestaltung unvermeidlich. Deutschland büßte bislang beispielsweise ungeheure Werte ein, indem es die nach dem Abkommen von Spa zu liefernden Kohlenmengen zum Inlandspreise abgeben mußte. Entweder muß unserer Forderung, für die ausgeführte Kohle den Weltmarktpreis zu zahlen, nachgegeben werden, oder wir müssen, so wenig angenehm gewisse Folgen sein werden, zu einer gewaltigen Erhöhung der Kohlensteuer schreiten, um auf diese Weise eine bessere Bezahlung unserer Kohlen zu erzwingen. Die Lieferung von Hartkoffen und ähnlichen sowie von Materialien für den Wiederaufbau dürfte dann die Summe von 2 Milliarden Goldmark ergeben. Wir müßten natürlich die deutschen Lieferanten abfinden, aber das ist eine rein innerpolitische, letzten Endes Steuerangelegenheit. Solange die Weltmarktpreise den heutigen Stand halten, das heißt die Goldmark nur die Hälfte des Vorkriegswertes darstellt, werden wir voraussichtlich die 2 Milliarden Annuitäten aufbringen können.“

Zum Schluß tritt das Zentrumsorgan dafür ein, daß zur Aufbringung der 25prozentigen Ausfuhrabgabe, die vom Reich zurückvergütet werden muß, große Arbeitsgemeinschaften für die einzelnen Branchen und freie Selbstverwaltungskörper geschaffen werden, die die Regelung der Ausfuhrabgaben und die Aufbringung der Steuer in die Hand nehmen.

Echt nationalliberal

Herr Dr. Stresemann, von dem man immer noch nicht genau weiß, warum und wie oft er unzufrieden ist bei der Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Ultimatums, steht bereits wieder auf zwei Beinen. Auf dem badischen Landesparteitag der Deutschen Volkspartei hielt er eine große Rede, die so treu seinem politischen Charakter, in allen Farben schillerte. Daß er auch nicht vor großen Unwahrheiten zurückschreckt, zeigt die Behauptung, daß sich unabhängige Redner im Reichstage zu. gegen die Annahme des Ultimatums ausgesprochen hätten. Daran ist natürlich kein Wort wahr. Im übrigen hat vor der endgültigen Regierungsbildung und der Annahme des Ultimatums der Reichstag gar keine Gelegenheit gehabt, über das Ultimatum, seine Annahme oder Ablehnung, zu diskutieren. Und schließlich ist durch unsere ganze in dieser Frage geführte Politik, sowie durch die Reden unserer Abgeordneten Ledebour und Breitscheid im Parlament, die Unstimmigkeit dieser Behauptung ziemlich evident.

Daß bei dem Anwalt des Großindustriellen Unternehmertums der Hinweis auf die Schädlichkeit der Sozialisierung und die Glorifizierung der Privatwirtschaft nicht schlecht, mag kurz angedeutet sein. Weit interessanter sind Stresemanns Ausführungen über die eventuelle Teilnahme seiner Partei an der neuen Regierung. Er sagte da nach dem Bericht der „Deutsch. Allg. Ztg.“:

„Man hat die Deutsche Volkspartei aufgerufen, an dem neuen Kabinett teilzunehmen, man wollte mit dem Ansehen, das die Deutsche Volkspartei genießt, das neue Kabinett becken; für uns kommt aber eine vollkommen neue Umlagerung der Regierungen im Reich und in Preußen als Voraussetzung unserer aktiven Mitarbeit in Frage. Auch die Demokraten können als bürgerliche Partei eine Politik auf der gegenwärtigen Basis, die von der Gnade der Unabhängigen abhängen kann, nicht mitmachen. Wir sind für völlige Gleichberechtigung der Sozialdemokratie; wir sind bereit, mit ihr zu arbeiten. Der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt, der nicht mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten will, und wer nicht erkannt hat, daß es darauf ankommt, die Sozialdemokratie zu positiver Mitarbeit heranzuziehen.“

Die Unabhängigen sind also die Ausläufer, die gemieden werden müssen. Das ist außerordentlich ehrenvoll für uns. Weniger ehrenvoll für die Rechtssozialisten ist die elegante Verbeugung und die einladende Handbewegung, die Herr Stresemann ihnen zuteil werden läßt. Im ganzen genommen ist die Rede Stresemanns eben echt nationalliberal: Ueberall dabei kein, ja nicht Farbe bekennen, täglich seine Meinung wechseln.

Antisemitische Lehrbücher

Von der bayerischen „Ordnungszeits“ ist man an Judenhege schon allenthalben gewöhnt. Daß die Universitäten Hochburgen des Antisemitismus geworden sind, daß wissenschaftliche Vorträge gehalten werden, wenn der Referent ein Jude ist, daß man mit Wimmelpfeifen und Schlagringen über die Versammlungsteilnehmer herfällt, das alles ist nichts Neues. Aber dem Antisemitismus seinen Platz auch in den Lehrbüchern der Gymnasien verschafft zu haben, bleibt eine Sonderleistung des bayerischen Ministerialmonarchistischen Kultusministers Dr. Matt. Das Ministerium des Innern hat in Bayern angeordnet, daß gegen die Judenhege mit aller Schärfe vorgegangen werden soll. Und im Erdkundelehrbuch von Geograph-Vittig-Bogel, 9. Teil, Abschnitt Rußland, findet sich folgende antisemitische Hege:

Die dumpfen Triebe der Arbeiterschaft und der sich unter sie drängenden Hefe der großen Städte wurden von gewissenlosen Rednern aufgepeitscht, unter denen sich zahlreiche Juden befanden. Denn diese hatten mit kühler Berechnung die Gelegenheit erfaßt, des bitter empfundenen Drucks durch Staat und Gesellschaft sich zu entledigen und wählten leicht die Führung einer Bewegung an sich zu reihen, die ihnen Macht und Geltung verhieß.“

Ein Gymnasialprofessor, der seinen Schülern empfahl, diesen Abzug durchzuführen, weil er nicht der Wahrheit entspreche, hatte diese Äußerung und noch einige andere, die ihm als „Politikern in der Schule“ ausgelegt wurden, mit einem Disziplinarverfahren zu büßen, das zwar noch nicht abgeschlossen ist, aber nach allen bisherigen Erfahrungen in Bayern damit enden wird, daß der Lehrer aus dem Schuldienst entlassen werden wird. Das ist das übliche Verfahren in Bayern, das immer noch die Stirn hat, sich „Ordnungsstaat“ zu nennen.

Der Kampf um das Reichsschulgesetz

Der Deutsche Lehrerverein eröffnet seinen in Stuttgart angekündigten Kampf gegen das Reichsschulgesetz mit einer Art Aufruf, der im „Zeitungsdienst des Deutschen Lehrervereins“ erscheint. Auch dieser Aufruf wendet sich mit erbitterter Schärfe gegen die Kirchengeschule, läßt aber ebenfalls, wie schon die Stuttgarter Verhandlungen selbst, jedes Eintreten für die Durchführung der religionslosen Schule vermissen. Es macht sich auch in diesem Aufruf die von uns mehrfach gekennzeichnete unsichere Haltung des Deutschen Lehrervereins in dieser Frage geltend.

Mittwoch, den 23. Mai, abends 7 Uhr
in den Sälen des Lehrervereinshauses
(Alexanderplatz)

Große Kundgebung
des revolutionären Berliner Proletariats
gegen den polnischen und neudeutschen Nationalismus und Militarismus
für internationale proletarische Verbrüderung
und für gemeinsamen Klassenkampf
Referent: Genosse Ledebour
U. S. P. D. Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Auch diese Kundgebung des Deutschen Lehrervereins erweckt den Eindruck, als ob die deutschen Lehrer die nach dem Reichsschulgesetz immerhin mögliche Einführung weltlicher Schulen weit mehr noch fürchten, als die Konfessionsschule. Die Gefahren, die eine Einführung der Konfessionsschule in sich birgt, sind allerdings ungeheuer groß, und es ist schon recht und ersichtlich, wenn sich die im Deutschen Lehrerverein nunmehr gewerkschaftlich organisierte Lehrerschaft gegen diese Gefahren zur Wehr setzt. Aber es kennzeichnet auch wiederum den Charakter dieser Kreise, wenn sie von der Weltanschauungsschule ganz in der Tonart des evangelischen Herrn Mumm schreiben:

„Wo die Weltanschauungsschule ins Leben tritt, wird sie aber eine Proletarierschule werden und damit die im Grundschulgesetz beifolgende sozialen Scheidungen wieder aufleben lassen.“

Diese Angst ist sogar ein bißchen komisch, denn nach dem Entwurf für das Reichsschulgesetz ist die ausgesprochene sozialistische Weltanschauungsschule wohl theoretisch zulässig, aber praktisch völlig unmöglich. Sie ist durchaus identisch mit der religionslosen oder weltlichen Schule.

Der scharf ablehnenden Kritik an der Konfessionsschule, die der Aufruf läßt, kann man im übrigen wohl zustimmen. Die entscheidenden Sätze darüber lauten:

„Die kirchlichen Forderungen nehmen nach dem Entwurf von sich aus dem Volksschulunterricht in die Hand. Das ist nicht die alte vom Staate eingerichtete bekennnismäßige Trennung der Schulen, sondern die Kirchengeschule, und der Lehrerkreis kommt damit in die drückendste Abhängigkeit von der Kirche. Die Schule selbst wird in Spalten von geringer Leistungsfähigkeit zerfallen. Die Schulklassen wählen erheblich. — Und das alles nur in der Volksschule. Mittlere und höhere Schulen sind durch Art. 146, 1 gegen jede kirchliche Einwirkung geschützt.“

Beachtung verdient ferner die Stellungnahme des Bundes entschiedener Schulkollegen in Frankfurt am Main in der Pfingsttagung ebenfalls mit dem Reichsschulgesetzentwurf beschäftigt hat. In der Entschließung heißt es:

„Die Pfingsttagung 1921 des Bundes entschiedener Schulkollegen erhebt Protest gegen den Entwurf eines Reichsgesetzes zur Ausführung des Artikels 146 2 der Reichsverfassung. Die Annahme und Durchführung dieses Entwurfs würde das deutsche Schulwesen in die schlimmsten Zeiten der Konfessionellen und bundesstaatlichen Zerissenheit zurückwerfen, würde das Werden der Einheits- und Arbeitsschule im Sinne der Artikel 148 und 146, 1 hemmen und stören und unbedingt zu Stillewerden werden lassen. Statt die Schule fortzubilden und auszubauen nach den Gesetzen einer sich selbst gestaltenden Volksgemeinschaft mit den Forderungen der sozialen Persönlichkeitsbildung, will man sie fernarhin von der Konfessionalität beherzigen und zerplittern lassen. Dieses Gesetz würde alle Einmütigkeit und allen Willen zu deutscher Einheit, zur Volksgemeinschaft, zu wirklicher, produktiver Schulkollegenreform, zur Genossenschaftskultur unterbinden.“

Die Entschließung fordert zum Schluß, daß der Gesetzentwurf verschmäht und „daß der Neuaufbau des Schulwesens in einem anderen Gesetzentwurf gemäß seiner inneren Gesetzmäßigkeit vorgenommen werde.“

Wenn es so weiter geht, dann wird die Schulabteilung des Reichsministeriums des Innern mit ihrem Schulgesetz bald allein stehen auf weiter Flur. Doch nein, die kirchliche Reaktion wird zufrieden sein.

Französische Anleihe in Amerika. Nach einer Botschaft aus New York haben die Finanzdelegierten der französischen Regierung mit einem amerikanischen Bankensyndikat einen Vertrag über eine Anleihe von 100 Millionen Dollars für die Dauer von 20 Jahren abgeschlossen. Die Anleihe wird zum Kurse von 95 Prozent aufgelegt und bringt 7 1/2 Prozent Zinsen.

Wer hat Syllt erschossen?

Der Beamte, der am 31. März den Kommunistenführer Syllt im Polizeipräsidium erschossen hat, war von seinen Vorgesetzten und von den Stellen, die von amtlicher Seite mit der Untersuchung des Vorganges betraut worden waren, als ein ruhiger und würdiger Bürger und Beamter bezeichnet worden. Jetzt gibt die „rote Fahne“ den Namen dieses Mannes bekannt und veröffentlicht Daten aus seiner Vergangenheit, die seinen Charakter allerdings in einem wesentlich anderen Licht erscheinen lassen. Der Mann heißt Albert Jannide. Die „rote Fahne“ veröffentlicht sein Bild und schreibt dazu:

„Im Jahre 1919 bereits schlug dieser Patron, der gänzlich verrotzt aus dem Kriege zurückkehrte, seiner Frau Anna Jannide, geborenen Kühn, jetzt auf der Flucht vor ihrem Mann in Goslar im Harz, mit einem scharfen Beil eine schwere Kopfwunde. Als Zeugen hierfür mögen Sanitätsrat Kellner, Wickerstraße 2, und die Nachbarn Leonie Stryker, Kuglerstraße, Ede Greifshagenstraße, fungieren. Vielfach hat Jannide seine Frau mit dem Pistol, die ihm nur leise in der Tasche lag, bedroht. . . . Herr Ohnesorge, der gegen ihn ein Verfahren wegen Körperverletzung eingeleitet hat, mag die Akten des Landgerichts I, 3. K. 34 Nr. 70 K 666/19 einsehen, und aus den Briefen seines Mutterbeamten an dessen Gattin die verschleierten Drohungen, wie die „des Zusammenschlagens“ usw., herauslesen.“

Die „rote Fahne“ behauptet weiter, daß sie in der Lage sei, Fäden aufzudecken, die eine Verbindung des Jannide mit den Helden früherer Attentate auf kommunistische Führer erkennen lassen. Jannide sei vor allem noch einer Aussage des unrühmlichst bekannten Polizeispikels Kolland mit diesem und Tamisch, dem Mörder Jorgisches, zugleich Mitglied der berüchtigten Ableitung Kessel gewesen. Ist das richtig, so ist er in der Tat durch eine vortreffliche Schule gegangen.

Wir sind der Ansicht, daß die sehr genauen Feststellungen der „roten Fahne“ den Polizeipräsidenten Richter verpflichten, die sorgfältigste Untersuchung und restlose Aufklärung des Falles auf das ernsthafteste zu betreiben und die von der „roten Fahne“ genannten Zeugen unverzüglich vernehmen zu lassen. Dieser Mann scheint die Eigenschaften eines Sicherheitsbeamten in der Tat nicht im mindesten zu besitzen. Auch Stefan Grohmann wartet unseres Wissens noch darauf, daß ihm durch eine Anklage Gelegenheit gegeben wird, seine Behauptungen über an Syllt begangene Untaten vor Gericht zu beweisen. Also: wie steht es damit?

Eine Fission für die Landesversicherungsanstalten. Eine kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Arendsee und Ruch wird der „Dena“ zufolge vom preussischen Minister für Volkswirtschaft wie folgt beantwortet: Zur Zeit schweben Erwägungen bei der Reichsregierung über eine erhebliche Erhöhung der Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Durch diese Erhöhung der Beiträge sollen den Landesversicherungsanstalten nicht nur die Zahlung erhöhter Renten ermöglicht, sondern auch die Mittel zur Durchführung des Heilverfahrens in dem bisherigen Umfang zur Verfügung gestellt werden. Da mit Sicherheit angenommen werden kann, daß nach Erlass des in Aussicht genommenen Abänderungsgesetzes zum 4. Buch der Reichsversicherungsordnung die Landesversicherungsanstalt Berlin die Schließung der Kinderheilstätte Lichtenberg wieder rückgängig machen wird, so besteht für die Staatsregierung kein Anlaß, der Frau der Weiterführung der fränkischen Anstalt auf Staatskosten näherzutreten.

Kommunistenverhaftungen in München. In München sind die Kommunistenverhaftungen an der Tagesordnung. Die Regierung hat keine größeren Ergebnisse zu vermelden, als dem Kommunismus um jeden Preis den Garau zu machen. So sind jetzt wieder die Konstantin Johanna Ritter und der kommunistische Stadtrat Wolfgang Thier auf verhaftet worden. Sie werden beschuldigt, während des Aufenthaltes in Mitteldeutschland Kundschreiben der kommunistischen Partei in München angefertigt und durch Kurier nach den großen Plätzen Bayerns verbreitet zu haben.

Unruhen in Kairo. In Kairo und Alexandria ist es zu schweren Unruhen gekommen. In Kairo kam es zum Kampf von ansehnlichen nationalistischen ManIFESTationen mit der Polizei und dem Militär. In Alexandria wurden nach einer Reitermeldung zahlreiche Bezirke zerstört. Das Volk ging gegen die Europäer und die europäischen Geschäftshäuser vor. Auch Brandstiftungen sind mehrfach vorgekommen. Französische Truppen sind in Alexandria eingetroffen und haben die Bewachung der Stadt übernommen.

Vlaulische Vorschläge für die Verständigung mit Polen. Die litauische Delegation hat, wie die „Dena“ aus Wilna meldet, folgende Bedingungen für eine polnisch-litauische Verständigung in Brüssel vorgelegt: 1. Gegenseitige Anerkennung der Unabhängigkeit, 2. Aufrechterhaltung guter gegenseitiger Beziehungen, 3. Anerkennung der Rechte des Rumauer Vlauens auf das Vlauner Gebiet und auf Remel, 4. Sicherstellung der nationalen Minderheitsrechte, 5. Abschluß eines Handels- und Transitvertrages und eines militärischen Abkommens.

Ausländerklub in Warschau. Sämtliche in Warschau weilenden Ausländer wurden aufgefordert, binnen 14 Tagen die Stadt zu verlassen. Der Aufenthalt der Ausländer in anderen Städten Kongresspolens wurde beschränkt.

Aus der Partei

Zurück zur alten Partei

Unter dieser Überschrift brachte kürzlich der „Vorwärts“ die Nachricht, und die ganze rechtssozialistische Provinzpresse drückt es nach, daß im Agitationsbezirk Frankfurt a. M. die Uebertrittsbewegung aus der U. S. P. zur S. P. D. besonders stark ist. Zum Beweis dafür wird angegeben, daß in letzter Zeit wieder zwei Ortsgruppen der U. S. P. zur S. P. D. geschlossen übergetreten sind. Es sollen dies die Städte Limburg und Weiburg an der Pahn sein. Damit, so wird mit Genugtuung behauptet, habe die U. S. P. ihren letzten Stützpunkt im Lahngebiet verloren. Auch in anderen Ortsgruppen soll sich ein Abplittieren bemerkbar machen.

Diese Meldung reiht sich würdig einer früheren Meldung ähnlichen Charakters an, wo gleich von dem geschlossenen Uebertritt von 17 Ortsgruppen die Rede war. Wenn die rechtssozialistische Presse so weiter macht, dann hat sie bald die letzte Ortsgruppe der U. S. P. im Agitationsbezirk Frankfurt hinweggemeldet. In Wirklichkeit verhält es sich mit der letzten „Vorwärts“-Meldung wie mit der vorhergehenden. Sie ist nämlich vom Anfang bis zum Ende falsch. Wahr ist lediglich, daß in der Ortsgruppe Limburg ein einziges Mitglied unserer Partei zur S. P. D. übergetreten ist, während in Weiburg nicht ein einziger Genosse die Partei verlassen hat.

Bezeichnend für diese Art von Sensationsmeldungen ist die Tatsache, daß diese „Vorwärts“-Nachricht erst einige Tage nach ihrem Erscheinen in der rechtssozialistischen Provinzpresse des Agitationsbezirks überging, und wieder einige Tage später, am Samstag, den 20. Mai, nahm auch die Frankfurter „Volkstimme“ davon Notiz. Die „Volkstimme“ muß sich also ihre Nachrichten über die Vorgänge in ihrem eigenen Verbreitungsgebiet erst aus Berlin berichten lassen. Um die Wahrheitsliebe der rechtssozialistischen Presse scheint es trübe bestellt zu sein.

Groß-Berlin

Einiges von St. Bureaokratius

St. Bureaokratius, preußisch-deutschen Ursprungs, war von jeher ein Antier, dem mit keinem noch so begründeten Angriff beizukommen war.

So selbstverständlich vermieden werden muß, in der gegenwärtigen Situation Familien der Arbeitslosigkeit auszuliefern und damit ihre Existenz zu gefährden, so selbstverständlich muß für den Aufbau der Einheitsgemeinde der sozialistische und fortschrittliche Grundgedanke befolgt werden.

1. Wenn jemand in Berlin Arbeit erhält, der von außerhalb kommt, und verheiratet ist, so kann er selbstverständlich unter den gegenwärtigen Umständen nicht beanspruchen, in absehbarer Zeit eine leere Wohnung zu erhalten.

Somit, so gut. Jetzt beginnt St. Bureaokratius. Wer von außerhalb kommt, braucht schon zur polizeilichen Anmeldung eine Einreiseerlaubnis.

Die Einreiseerlaubnis bekommt man nur für das Gebiet einer bestimmten Wohnungsinspektion; da ich diese Bestimmungen nicht konnte und feilenvergütigt für mich und meine Frau zwei Zimmer im Gebiet der 2. Wohnungsinspektion (Potsdamer Str. 40) gemietet hatte, erfuhr ich, daß dieses Gebiet keine Wohnungsjugendlichen aufnimmt.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermann zur Wehlen Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Dahlemer 1921

(30. Fortsetzung)

(Kochbuch verboten)

Rosie arbeitete in einer Pappschachtelfabrik. Am folgenden Abend holte sie Peter zum Essen ab, und ihre Freundschaft wurde rasch äußerst innig.

Unter solchen Umständen fiel es Peter selbstverständlich schwer, mit keinem Wort seine wahren Gefühle anzudeuten. Nachdem er sein ganzes Geld und einen großen Teil seiner Zeit auf Rosie vergeudet hatte und um nichts weitergekommen war, beschloß er, Konzessionen zu machen, erklärte, er werde nicht mehr versuchen, sie zu befehlen.

Derart ging das kleine Duell Abend für Abend weiter. Peter verliebte sich immer bestiger in die schwarzzäugige Schönheit, und sie wurde immer toletter, immer ungebändiger über sein sozialistisches Gefasel.

2. Inspektion aufgenommen werden können oder nicht — ist meine Aufnahme in die Liste der Wohnungsanwärter nach fünf Monaten noch immer nicht erfolgt.

2. Es ist eine allgemein menschliche Eigenschaft, bei einer Temperatur unter Null zu frieren. In weiser Voraussicht, daß besagte Empfindung auch bei „Mietern“ (ist das nicht eine hübsche Bezeichnung?) eintreten könnte, hat man die Einrichtung von Sondertohlenkarten für „Mietern“ geschaffen.

An der Tür wurde ich von einem Beamten empfangen, dem ich meine Wünsche unterbreiten mußte, worauf ich in Zimmer Nr. 1 geschickt wurde (Auskunftsstelle). Eine Dame ließ sich in diesem Zimmer noch mal den Begehre des Bittstellers unterbreiten, worauf ich einen Zettel mit einer Nummer und dem Namenszug der Dame erhielt.

Diese Ergebnisse — die Schilderung soll nach Möglichkeit fortgesetzt werden, wir bitten aber unsere Leser, von Zuschriften abzulassen, wir haben Material übergenug! — sind durchaus das Normale, d. h. es sind noch keine besonderen Fälle.

Wie lange wird St. Bureaokratius noch seine Organe in der Schikanierung des Publikums feiern können?

Bundestag des deutschen Arbeiter-Stenographen-Bundes (System Krensch)

Der 11. Bundestag der Arbeiter-Stenographen tagte am 15. und 16. Mai im Volkshaus zu Leipzig. Vertreter waren aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Der Bundesvorsitzende, Landtagsabgeordneter Richter-Lahr in Baden, eröffnete den Bundestag mit einem Hinweis auf die vor 25 Jahren erfolgte Gründung des Bundes.

Zur Frage der interkommunalen Bestrebung der Arbeiter-Stenographen sämtlicher Systeme fasste der Bundestag folgende Entschlüsse: Der 11. Bundestag der Arbeiter-Stenographen begrüßt die Bestrebungen der Arbeiter-Stenographen aller Richtungen, welche in friedlicher Wettarbeit die Weiterbildung der Kurzschrift für die Arbeiterklasse erlangen, und die Einführung der modernen Volksschrift als Lehrgegenstand an Stelle der gewöhnlichen, veralteten Schreibschrift in den Volksschulen zum Ziele haben.

Ueber die neuerlichen Verhandlungen im Reichsamt des Innern zur Schaffung eines Reichseinheits-Systems berichteten Vertreter des Bundes. Der Bundestag beschloß eine Erklärung, wonach sich der Bund verpflichtet, dahin zu wirken, daß die Volksschrift in den Volksschulen eingeführt wird, und zwar auf der Grundlage der buchstäblichen Schreibung und unter Fortlassung sämtlicher Kürzungen, als Volksschrift. Der Arbeiter-Stenographenbund wird für diese Ziele nach wie vor seine ganze Kraft einsetzen.

Zum Bundesvorsitzenden wurde der Landtagsabgeordnete Gustav Richter-Lahr einstimmig wiedergewählt. Als Sitz der

Bundskommission wurde Berlin bestimmt. Die Zentralleitung für brieflichen Unterricht wurde Louis Flach, Frankfurt a. M., Böttcherstraße, übertragen.

Der amtliche Tintenstift

Ein originelles Stücklein aus dem Reiche des heiligen Bureaokratismus wollen wir doch noch zum Besten geben. Mit Zustimmung des Rechnungshofes darf jetzt bei bestimmten Verwaltungen im Reich und in Preußen der Tintenstift verwendet werden. Aber derselbe nicht überhaupt und für alles; sondern die Beamten sind gehalten, jedes Schriftstück, das sie mit dem Tintenstift schmücken wollen, vorher zu betrachten, ob es unter bestimmte Kategorien fällt. Der Tintenstift ist zugelassen:

für die Berichte, Abnahmeverhandlungen, Beantwortung der Erinnerungen, Rechnungen, Bescheinigungen aller Art zu Verwaltungs- und Baurechnungen, Sichtvermerke, Verwendungsbefehle, Eintragungs- und ähnliche Bescheinigungen für den Rechnungshof. Ferner kann er benutzt werden bei Anweisungen der Kasse zur Einziehung und Herausgabe von Geldbeträgen, zu Quittungen und Empfangsbescheinigungen aller Art, Bescheinigungen auf den Quittungen über Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge, Abnahme- und Richtigkeitsbescheinigungen, Anerkennnisse der Richter und Richter in Verhandlungen und Einnahmennachweisungen über Verpachtungen und Käufe.

Immerhin könnte der normale Mensch mit seinem Untertanen verstand der Meinung sein, daß zu besagten Schriftstücken wenigstens jede Sorte von Tintenstift zu gebrauchen gestattet wäre. Derselbe nicht! Das hieße ja die behördliche Arbeit vereinfachen! Und so stellt denn eine republikanische Staatsbehörde an den amtlichen Tintenstift erhebliche Ansprüche; es dürfen nur Tintenstifte verwendet werden,

die eine gut haftende, möglichst dunkle, aber nicht glänzende Schrift liefern, die auch bei künstlichem Licht leicht lesbar ist und nicht wie Bleistift aussehen darf.

Ist das nicht eine wundervolle Leistung des Bureaokratismus? Wir wollen doch stolz darauf sein, daß wir sozial „Ordnung“ aus der Vorkriegszeit in unsere neuerungsfähige, gärende Gegenwart gerettet haben!

** Die Schwerfälligen im Viehenseepark blühen. Ein selten schönes Bild bieten die jetzt blühenden Schwerfälligen im Charlottenburger Viehenseepark. Hunderttausende dieser Iris umsäumen das Ufer des Sees in einer mehrere Meter tiefen Breite. In großen Massen von gleicher Farbe: rein weiß, blau und weiß, hellblau, dunkelblau, gelb, in allen Schattierungen gelangt diese schöne Blume hier zu hervorragender Wirkung. Am stimmungsvollsten ist der Park in den frühen Morgenstunden.

Das Jugendpflegeamt der Stadt Berlin unterhält wiederum in diesem Jahre Pensionen in Kewitz a. d. Havel. Der Pensionspreis für die Zeit vom 5. 7. bis 13. 8. 1921 beträgt 520 M. einschl. Aufwandskosten, Fahrgehd., Kur- und Bodetage sowie des Unfallversicherungsbetrages. Aufgenommen werden 5- bis 15jährige erholungsbedürftige Kinder. Anmeldung von Kindern durch die Eltern oder Schüler und Schülerinnen durch die Lehranstalten sowie von Kindergruppen durch Industrie- und Gewerbetreibende. Stellen nimmt das Jugendpflegeamt der Stadt Berlin, C. 2, Neue Friedrichstr. 80, Zimmer Nr. 63, Stadjugendpfleger Schaefer, entgegen.

Verwaltungsbezirk Lichtenberg. Der nächsten Bezirksverordneten-Versammlung geht eine Vorlage des Bezirksamts zu, in der vorgeschlagen wird, die Bezeichnung „Verwaltungsbezirk 17“ in „Verwaltungsbezirk Lichtenberg“ umzuändern. Die bisherige Benennung erscheint nicht zweckmäßig, da sie nicht anschaulich ist und zu Verwechslungen, insbesondere auf postalischem Gebiet, Veranlassung gibt. Die Anregung zu diesem Vorschlag geht vom Magistrat Berlin aus.

Beratung von Geschlechtskranken in Spandau. Geschlechtskranke finden vertrauliche Beratung in der öffentlichen Beratungsstelle im städtischen Fürsorgehaus, Damm 7. Sprechstunden für Frauen Dienstags, für Männer Freitags von 6 bis 7 Uhr nachmittags. Niemand braucht seinen Namen zu nennen. Aufgabe der Fürsorgestelle ist es vor allem, den Gesundheitszustand des Erkrankten und des aus der ärztlichen Behandlung Entlassenen zu überwachen und so rechtzeitig den Rückfall des Leidens zu verhindern, der oft zu schweren Folgen führt.

Die Freie Lehrgewerkschaft Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, hat in einer ihrer letzten Sitzungen folgende Beschlüsse an den Berliner Magistrat gerichtet: 1. Die Freie Lehrgewerkschaft Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, unterbreitet dem Magistrat

die Jungens, die dort drüben die Hunnen schlügen, waren die rechten für sie, sie wollte nichts von einem Manne wissen, der sich mit Geheimnissen umgab. Weshalb zog Peter nicht in den Krieg? War er etwa ein Drückerberger? Rosie wollte mit derlei Leuten nichts zu tun haben. Erst heute habe sie in der Zeitung einen Bericht über die Greuel der Hunnen gelesen. Wie konnte ein Mann, der rotes Blut in den Adern hat, mit Pazifisten und Verrätern sympathisieren? Da Peter verzogt etliche Argumente der der Pazifisten vorbrachte, fiel sie ihm ins Wort: „Wesh! Sie sind viel zu klug, um mir derartigen Blödsinn einreden zu wollen!“ Und Peter wußte selbstverständlich, er sei tatsächlich zu klug dazu; es fiel ihm schwer, sich dies nicht anmerken zu lassen. Er hatte wegen seiner roten Verbindungen bereits ein Mädchen verloren, sollte er nun auch das zweite aufgeben müssen?

Etlliche Wochen stritten und debattierten sie. Rosie wollte sich nicht von Peter küssen lassen, und Peter verlor vor Begierde schier den Kopf. Sie deutete ihm das herrlichste Mädchen, das er je gekannt hatte, nicht einmal Nell Doolin konnte sich mit ihr vergleichen. Schließlich gestand er ihr, seine Sympathie für die Roten sei geschwunden, er verachte diese Leute. Rosie habe ihn befehrt. Das Mädchen war entzückt, schlug vor, sie sollten sofort zu Miriam Jankowitsch gehen, ihr das Geschehene mitteilen, vielleicht könne Peter auch Miriam befehlen. Peter war in eine peinliche Lage geraten, mußte darauf bestehen, daß Rosie seine Befehlung geheim halte. Dies empörte das Mädchen, sie kniff die Lippen zusammen, meinte, eine geheime Befehlung sei gar keine Befehlung, sondern bloß ein gemeiner Schwindel, Peter sei ein Feigling, sie habe genug von ihm. Verzweifelt und verwirrt schlich sich der arme Peter fort.

72.

Es gab für Peter nur einen einzigen Ausweg: er mußte Rosie die Wahrheit bekennen. Weshalb auch nicht? Er war wahnsinnig verliebt in sie, wußte, auch sie sei in ihn verliebt, und bloß eines — sein großes Geheimnis — stehe zwischen ihnen und dem vollkommenen Glück. Belächelte er ihr das große Geheimnis, so würde er in ihren Augen als Held erscheinen, würde sie noch herrlicher denken, als die Jungens, die die Deutschen schlügen und ihre Namen in das ewige Buch der Geschichte schrieben.

Eines Abends sah er in ihrem Zimmer, hielt sie in den Armen. Sie hatte fast — aber noch nicht ganz — nachgegeben. „Bitte, bitte, Peter“, bettelte sie, „höre doch auf,

einer dieser abscheulichen Roten zu sein.“ Da ertrug es Peter nicht länger. Er gestand ihr, er sei gar kein Roter, sondern ein Geheimagent, von den größten Geheimleuten von American-City angestellt, um die Roten auszuspionieren, ihre Pläne zu vereiteln. Rosie starrte ihn befürtzt an, wollte es ihm nicht glauben, lachte ihm ins Gesicht und ward schließlich zornig. Glaube er denn, sie mit einer derart dummen Geschichte zu narren?

Peter wurde ärgerlich, versuchte, sie zu überzeugen. Er erzählte ihr von Guffey, von der Agrar- und Bankgesellschaft, berichtete, wie er regelmäßig mit Mc Ginney in Zimmer 427 des American-House zusammentreffe. Auch von den dreißig Dollars in der Woche sprach er, die bald auf vierzig erhöht werden würden, und versprach, das ganze Geld für sie auszugeben. Vielleicht könne sie behaupten, durch ihn befehrt, ebenfalls eine Rote geworden zu sein und dann würde Mc Ginney auch sie anheilen und dies wäre für sie vorteilhafter, als zehneinhalb Stunden am Tag in der Fabrik von Jaac u. Goldstein zu arbeiten.

Endlich gelang es Peter, das Mädchen zu überzeugen. Sie wurde still und ängstlich, hatte nichts derartiges erwartet, brauchte Zeit, um sich das Ganze zu überlegen. Nun wurde auch Peter bekümmert, sagte, er hoffe, sie verarge ihm nichts, erklärte ihr, wie wichtig seine Arbeit sei, wie alle großen Leute der Stadt sie billigten — nicht bloß Bankiers und Geschäftsleute, sondern auch der Bürgermeister, die Staatsangestellten, Redakteure, Redatoren der Hochschulen, die Geistlichen, gleich dem Ehrwürdigen de Willoughby Stotterbridge von der Kirche des göttlichen Mittels. Rosie erwiderte, das Klinge alles ganz schön, doch sei sie ein wenig erschrocken, müsse nachdenken. Sie schickte ihn unvermittelt fort und Peterehrte betrübt heim.

Etwa eine Stunde später wurde heftig an seine Zimmertür geklopft. Peter öffnete, stand David Andrews, dem Advokaten, Donald Gordon und John Durand, dem riesenhaften Führer der Seelente-Gewerkschaft gegenüber. Sie sagten nicht einmal „guten Abend“, betreten das Zimmer, Durand schloß hinter sich die Tür, starrte Peter zornig und stumm an, wie das steinerne Bildnis eines Atefenhauptslings. Noch ehe ein Wort gesprochen wurde, wußte Peter, was sich ereignet habe, wußte, diesmal sei endgültig alles aus. Und abermals wegen einer Frau — abermals, weil er Guffeys Rat, keine Frau mehr anzuschauen, nicht befolgt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Berlin folgende Vorschläge: „I. Er möge sich bereit erklären, die durch den Abbau der privaten Vorrichtungen erworbenen Schulden zur Bezahlung zu übernehmen; 2. beim Provinzial-Schulkollegium zu beantragen, mit dem Abbau der privaten Vorrichtungen zu beginnen und nur diejenigen weiter zu gestatten, deren Bestand nicht wie unter 1 übernommen werden können und durch den Abbau in wirtschaftliche Kostlage geraten.“ II. Die Freie Lehrergewerkschaft Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, bittet den Magistrat Berlin um Anlauf verschiedener versuchsweiser Vorgänge am Begräbnisstage der früheren Kaiserin Auguste v. Hohenzollern durch Verfügung (auch in den Berliner Verwaltungsbezirken) alle städtischen Schulen Berlin aufzulassen, ihre etwa noch vorhandenen schwarz-weiß-roten Schulklassen (Tafeln) bis zu einem festgesetzten Termin an eine bestimmte Geschäftsstelle im Berliner Rathaus abgeliefert.

Am 15. Verwaltungsbezirk Treptow wurde am Mittwoch zu Beginn der Sitzung der Bezirksversammlung zunächst die notwendige Ergänzung des stellvertretenden Vorsitzers erledigt; gewählt wurde Bezirksrat Fischer (S. P. D.). Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Bildung ständiger Ausschüsse für Kunst und der Verwaltungsdeputationen. Unsere Fraktion hatte den Kommunisten vor je vier auszustehenden Sitzen je einen abgetreten. Der Bildung der Verwaltungsdeputationen lag ein ausführlicher Bericht des Organisationsausschusses vor. Der Bürgerklub beantragte hierzu, jede Deputation mit neun Bezirksratsmitgliedern und neun Bürgerdeputierten zu besetzen, sowie die Deputation zu teilen. Die Anträge wurden abgelehnt und dem Ausschussantrag gemäß verfahren. Es wurden folgende Deputationen eingeteilt: 1. Allgemeine Wohlfahrt, 2. Jugendwohlfahrt, 3. Ernährung und Wirtschaftswesen, 4. Arbeit und Gewerbe, 5. Hoch- und Tiefbau, Siedlungs-, Wohnungs-, Verkehrs-, 6. Finanz- und Steuerwesen, 7. Kommunale Betriebe. Die Wahl der Bürgerdeputierten mußte ausgeführt werden. Desgleichen wurde die Bildung der Schuldeputation und der Deputation für Kunst und Bildung, sowie des Bezirkschulsausschusses veranlaßt. Das Bezirksamt wurde beauftragt, die geordneten Unterlagen zu beschaffen. Unser Redner betonte ausdrücklich, daß wir alles daran setzen müssen, trotz der Gesetzesvorschriften, diesen Deputationen eine sozialistische Mehrheit zu sichern. Recht sonderbar war es, zu erfahren, daß der Reichsminister der Finanzen in dem Entwurf für ein neues Ortsklassengesetz die Orte, die durch einstimmigen Beschluß der Bezirksversammlung aufgehoben sind, in drei verschiedene Ortsklassen einteilen will, ja sogar den Ortsteil Treptow in Klasse A und Baumschulenweg in Klasse B. Einstimmig wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, für die Einreichung aller Orte in Klasse A Sorge zu tragen, um auch, so wurde besonders darauf hingewiesen, in der Kriegsfürsorge unangenehme Härten zu vermeiden. Einstimmig wurde ferner beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Sperre über die bewilligten 85 700 Mark zur Errichtung eines Schulgartens in Nieder-Schöne-Weide aufzuheben. Ebenso einstimmig wurde einer Aufforderung des Magistrats entsprechend, dem Bezirk neben der Nummer einen Namen zu geben, beschlossen, ihn Bezirk 15, Treptow, zu nennen.

Filmschau Schauburg am Potsdamer Platz. Die Erstaufführung des Albertini-Filmes „Der Schilling des Todes“ fand eine geteilte Aufnahme. Mittelmäßiger Beifall am Schluß der Aufführung und dazwischen gehende Hauschlüsse. Es soll ein Sensationsfilm sein. Wir vermischen jedoch die Sensationen, denn die gezeigten Tricks erinnern zu sehr an die Vorgänge des deutschen Films. Im Gegensatz zu diesem italienischen Film bringen die deutschen Filme im allgemeinen bessere Ausstattung und vor allem Dingen bessere Aufnahmen. Der Filmbau hat das Theater unbedeutend verlassen. — Eine Entschädigung — nicht sonderlich groß — brachte den Besuchern das Beispiel des Herrnsfeld-Theaters in der Festsitzung „Es lebe das Nachleben“ mit ganz unmöglichen Situationen, über die man gerade deswegen und wegen der Komik der Darstellung lachen kann. Die Schauspieler fanden für ihre Leistungen den Beifall des Publikums.

Milchlieferung. Am Dienstag und Mittwoch erhalten die D 1, D 2 und D 3-Kindertarife je 1/2 Liter Frischmilch. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher.

Warnung. Die Leichtgläubigkeit und Unerfahrenheit von Mietern, die beim Bezirksamt 17 (Lichtenberg) eine Mietzeitung anhängig gemacht haben, suchen Personen auszubenten, die sich als Angestellte oder Sekretäre des Mietamts ausgeben und sich gegen gute Bezüge als Vertreter anbieten. Hierdurch wird im Publikum der Glaube erweckt, daß durch die Ueberrahme der Betreuung durch die Betreffenden eine besonders ausdrucksvolle Erledigung der schwebenden Angelegenheit gewährleistet sei. Die Tatsache, daß der Vertreter dieselbe früher einmal in den Diensten des Mietamts gestanden hat, ist selbstverständlich auf den Ausgang der Streitfrage ohne jeden Einfluß. Das Publikum wird deshalb vor diesen Personen gewarnt, denen es lediglich um die Erlangung eines Geldbetrages zu tun ist.

Schwere Unfälle auf Kummelplätzen. Auf dem Kummelplatz in der Badstraße stürzte das 15jährige Dienstmädchen Frida Schulz, das bei einer Herzkrankheit in der höchsten Straßenhöhe wohnte, aus einer Schaulust und trug mehrere Verletzungen an rechten Bein sowie innere Verletzungen davon. Das junge Mädchen mußte schleunigst nach einer Klinik gebracht werden. Die Schuld trifft die Verunglückte selbst, da sie während des Schaulustens auf den Wagen und den Platz gewechselt hatte, bis sie schließlich das Gleichgewicht verlor. — Ein ähnlicher Unfall ereignete sich in dem Vergnügungspark am Kronprinzenweg in Beelitzhof. Hier befindet sich eine Berg- und Talbahn. Einer der Passagiere, der Tänzer Herbert Steinhilber, erlitt einen Unfall während der Fahrt, um den Wag zu wechseln. Dabei stürzte er aus dem Wagen und blieb mit einer schweren Stirnwunde lebenslos liegen. Man brachte ihn zu einem in der Nähe wohnenden Arzt.

Der Mordanschlag auf den Juwelier Guschke aufgefäkt. Der aussehenerregende Mordanschlag auf den 31 Jahre alten Juwelier Albert Guschke aus der Wartenburgstr. 15, über den wir ausführlich berichteten, ist vollständig aufgeklärt. Der bei dem Zusammenstoß mit den Kriminalbeamten am Tatort erschossene Täter ist festgestellt worden und der Mordanschlag ebenfalls aufgeklärt. Es handelt sich um zwei Brüder Kurt und Hans Tannebauer. Letzterer, ein ehemaliger Offizier, war mit der Frau des Juweliers befreundet. Nachdem es zunächst mit vielen Schwierigkeiten gelungen war, die Persönlichkeit des Erschossenen Kurt Tannebauer festzustellen, war die Kriminalpolizei auf die Spur des Bruders gekommen. Dr. Anschütz und seine Beamten hatten ermittelt, daß er sich zuletzt in einem Hotel in Zehlendorf aufgehalten hatte. Sie wurden gestern dorthin, um ihn festzunehmen, doch war er bereits wieder abgereist. Wie sich ergab, nach Reife. Zwei Beamte reisten ihm dorthin nach und nahmen ihn gestern fest. Er wird nach Berlin transportiert.

Ein am Nordseebad grenzender Raubmord lag einer Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung zugrunde, welche gestern dem Richter August Henningsen vor die Strafkammer des Landgerichts II führte. — Der schon wegen Körperverletzung verurteilte Angeklagte lebte seit dem Jahre 1911 mit einer Arbeiterin in wilder Ehe. Die diesem Verhältnis war ein jetzt 6jähriges Kind entsprossen. Zwischen dem Angeklagten und seiner Geliebten kam es häufig zu Streit und Streit, da sie sich stets gegenseitig der Untreue beschuldigten. Wiederholt kam es auch zu Prügeleien und eines Tages schlug die G. den Angeklagten wegen Körperverletzung an. Als S. am 11. Juni v. J. wieder einmal unter schweren Todesdrohungen von der Geliebten die Rücknahme des Strafgesetzes verlangte, kam es zu einem Streit, den die G. dadurch beendete, daß sie sich mit ihrem Kinde in Bett legte. Der Angeklagte gab nun aus nächster Nähe auf Leide mehrere Schüsse ab, welche Mutter und Kind in den Kopf trafen und schwer verletzten. — Staatsanwaltschaftsrat Dominik beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren, während Rechtsanwalt Dr. Marx, unter Bezugnahme auf das Gutachten des Sanitätsrats Dr. Friedrich Leppmann, der den Angeklagten als einen Mann schildert, leicht reizbaren Menschen bezeichnet hatte, um eine mildere Strafe bat. Das Gericht erkannte auf 1 1/2 Jahre Gefängnis, unter Anrechnung der fast auf ein Jahr betragenden Untersuchungshaft.

Gewerkschaftliches

Schweizerische Gewerkschaften und Moskau

Auch in der Schweiz treiben die Kommunisten in den Gewerkschaften ihr unheilvolles Spiel. Es ist ihnen auch gelungen, einige Verbände in ihre Hand zu bekommen, um dann die Moskauer Taktik auch gegen den Willen der Mehrheit der Mitglieder anzuwenden. Einzelne Gegner von Moskau ließen sich sogar von dem Gedanken bestechen, zur Orientierung „Studienreisen“ — nach berühmten Mustern — nach Russland zu senden. Die „Gewerkschaftliche Rundschau“, das Organ des Schweizer Gewerkschaftsbundes, wendet sich aber auch gegen diese Gedanken und erklärt, daß „durch die Beschädigung der Konsistenz — in Moskau — gehen wir ihr ungewollt eine Bedeutung, die sie nicht verdient; denn auf ihr werden nur Minoritäten vor Landeszentralen oder Delegationen von Verbänden erscheinen, die die Massen ihrer Mitglieder nicht hinter sich haben.“

Der Gewerkschaftsausschuh hat sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt und mit großer Mehrheit abgelehnt, Delegierte nach Moskau zu entsenden. In einer ausführlichen Begründung wird erklärt, die „Richtlinien der kommunistischen Internationale für den gewerkschaftlichen Kampf und die Taktik wie auch die Statuten der gewerkschaftlichen Sektion und die von der Dritten Internationale selber niedergelegten organisatorischen Grundzüge, die für die schweizerischen Verbände nicht passen, nicht anzuerkennen.“

Der Ausschuh verurteilt das Vorgehen einzelner Verbände, die von sich aus Delegierte entsenden. Dieses Gebaren zeige „einen Mangel an Disziplin der Gesamtsolidarität gegenüber.“

Ähnlich wie die deutschen Kommunisten mit ihrem „Offenen Brief“ haufen sie gehen, so verlangen ihre Schweizer Genossen eine — Aktion zur Herstellung einer „Einheitsfront“. Auch hier begründete ausführlich der Ausschuh seine Stellungnahme und erklärt:

„Der Gewerkschaftsausschuh lehnt eine Fühlungnahme mit der kommunistischen Partei ab. Die Kampfmethoden der kommunistischen Partei, die in der Verunglimpfung aller Andersdenkenden bestehen, schließen eine nützbringende Tätigkeit aus.“

Es wird noch darauf hingewiesen, daß die Einheitsfront im Gewerkschaftsbund organisiert ist, und es wird der Appell an alle Gewerkschafter gerichtet, allen Spaltungstendenzen entschieden entgegenzutreten.

Ausgebeutete Arbeitssuchende

Die Firma Baruch, Berlin, Alte Jakobstr. 133, benötigte einen Privatkraftwagenfahrer und meldete die Stelle dem paritätischen Arbeitsnachweis in der Mollerstraße 9. Es wurden zwei Bewerber zur Firma B. geschickt, aber keiner von beiden wurde eingestellt, trotzdem sie, wie die Firma selbst zugibt, ihren Ansprüchen genügen. Liegt dies vielleicht daran, daß die Fahrer den tariflichen Lohn verlangten? Die Firma hat auch die Stelle dem gewerblich-mechanischen Stellenvermittler „Chauffeur-Zentrale“, Hannoverstraße 2, gemeldet und den Bewerber von dort eingestellt. Dieser arme Teufel muß nun dafür an die Chauffeur-Zentrale für die Vermittlung 200 M. zahlen. Es ist wirklich an der Zeit, von den zuständigen Behörden gegen derartige Ausbeutung Arbeitssuchender einzuschreiten und diesen Parasiten das Handwerk zu legen.

Steinfeger

Diejenigen Kollegen, die zur „Syndikalistischen Union“ übertraten, seien nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Möglichkeit haben, ihre vollen alten Rechte wieder zu erlangen, wie Steuer-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung usw. die sofort in Kraft treten, wenn die Uebertrittsurkunde zum Zentralverband der Steinfeger erfolgt ist. Der geschlossene Unternehmerverband muß die einheitliche Arbeiterfront entgegengesetzt werden. — Am 1. Juni 1921 läuft die Frist ab. Die Verbandskollegen haben die Aufgabe, innerhalb der Kollegenchaft auf die Wichtigkeit dieses Beschlusses und des Termins hinzuweisen und den Uebertrittenden in jeder Weise im Interesse des Verbandes beihilflich zu sein.

J. A.: Der Vorstand der Filiale Berlin.

Verbindlich erklärt. Auf Antrag des „Kartells der im Gastrisgewerbe vertretenen Arbeitnehmer-Organisationen“ hat der Reichsarbeitsminister den Tarifvertrag zur Regelung der Arbeits- und Einkommensbedingungen im Groß-Berliner Kaffeehausgewerbe mit Wirkung vom 1. Februar 1921 für allgemein verbindlich erklärt. Das bedeutet, daß die Tarifbedingungen in allen Punkten auch für die Arbeitgeber zwingendes Recht sind, die dem Verein der Kaffeehausbesitzer von Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg nicht als Mitglied angeschlossen. Arbeitnehmer in Kaffees und den diesen Betrieben angeschlossenen Bars, Cafes, Kabearets, Varietees, Tanzsälen und ähnlichen Unternehmungen, die nicht nach Tarif bezahlt werden oder sonstige Beschwerden über die Einhaltung des Tarifvertrages haben, können sich, auch wenn sie nicht organisiert sind, beim Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Ortsverwaltung Berlin, Eilasser Str. 33, melden. Mit Wirkung vom 1. April 1921 sind inzwischen auf die Lohnsätze des Tarifvertrages seitens des Arbeitgeber-Verbandes Zulagen bewilligt worden. Der Tarifvertrag sowie der Nachtrag, aus denen alles weitere zu ersehen ist, sind in der obengenannten Geschäftsstelle käuflich zu haben.

Schuhmacher! Unserer Kollegenchaft zur Kenntnisnahme weisen wir darauf hin, daß die Schuharbeiterbewegung endgültig abgeschlossen ist. Durch erneute Verhandlungen mit den Vorständen der Schuhmacherinnungen wurde vereinbart: Der Mindest-Stundenlohn für männliche Arbeiter in mechanischen Betrieben (unter Fortlassung der bisherigen Abordnung) beträgt 6 M., für weibliche Arbeiter 4,50 M., in anderen Betrieben für männliche 5,25 M. und weibliche 3,75 M. Der neue Tarif tritt mit Wirkung ab 9. Mai 1921 in Kraft und ist jede Akkordarbeit in mechanischen Betrieben unzulässig. Sondervereinbarungen, welche unter dem Tarif getroffen werden, sind gemäß Vertrag rechtlich unwirksam. Von beiden Vertragschließenden wird beim Reichsarbeitsministerium beantragt, den Tarif für allgemein verbindlich zu erklären. Die neuen Anordnungstafeln sind ab 24. Mai im Bureau, Engelauer 14, erhältlich, die Friedrichstädtischen Magistrats sind schon jetzt zu haben.

Buchbinder! Am Sonnabend, den 28. Mai, findet in der Zeit von 1-7 Uhr die Wahl der Ausschuhmitglieder für die Ortskrankenkasse der Buchbinder und verw. Gewerbe, statt. Die Kollegen derjenigen Branchen und Betriebe, die dieser Kasse angehören, sind verpflichtet, ihrer Wahlpflicht zu genügen. Die Vertreter und Vertrauensleute wenden sich am besten an die Geschäftsleitung ihres Betriebes und ersuchen um eine bequame Teilnahme aller Kassenmitglieder. Diese ist bis spätestens Donnerstags, den 26. Mai, auf dem Kassenlokal, Straßauer Str. 7-9, einzureichen, und werden dort die Wahllegitimationen ausgefertigt. Wir ersuchen alle Betriebsräte und Vertrauensleute, auf diese Weise zu verfahren und die Kollegenchaft bis zum Wahltag mit der Wahllegitimation zu versehen. Die Wahllokale werden bekanntgegeben werden. Die durch die Ortsverwaltung aufgestellte List ist Seite 2.

Das Handbuch für Betriebsräte von Rud. Wed, Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr., ist soeben in zweiter Auflage erschienen, nachdem die 1. Auflage in kurzer Zeit vergriffen war. Die gesamte Partei- und Gewerkschaftspresse hat die Anschaffung des Handbuchs uneingeschränkt allen Arbeitern, Angestellten und Funktionären empfohlen. Wir weisen deshalb wiederholt darauf hin, daß Betriebsräte, Obleute, Gewerkschaftsfunktionäre, wie überhaupt alle organisierten Arbeiter und Angestellten das Handbuch, dessen Ladenpreis 15,— Mark beträgt, durch ihre Organisationen zum ermäßigten Preise von 10,— Mark erhalten. Verlag ist das Handbuch bei der Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Prüfungssitzung für Techniker, Ingenieur-, Baumeister- und Architekten. Dienstags, 24. Mai, beginnt die Prüfungssitzung über Betriebskontrolle durch Sachprüfung und Klausur. Der Kursus umfaßt fünf Doppelstunden und findet abends von 7-9 Uhr an folgenden Tagen statt: Dienstag, 24. Mai; Freitag, 27. Mai; Dienstag, 31. Mai; Freitag, 3. Juni; Dienstag, 7. Juni. Unterrichtsstätte: Sachprüfung höhere Technische Schule für Textil- und Bekleidungsindustrie, Reichstraße 114-116, Zimmer 115. Die Prüfungsbühr beträgt 6 M. Anmeldungen werden im Kurs entgegen genommen. Freigewerkschaftliche Betriebskontrolle.

Betriebsratsversammlung. Dienstags, 24. Mai, beginnen folgende Kurse: Sophien-Saal, Weinmeisterstr. 16-17, Konzentrationstraining in der Grob-Schule, abends 7 Uhr, Zimmer 25; Betriebs-Kommunikation, Weinmeisterstr. 16-17, abends 7 Uhr, Zimmer 25; Betriebs-Kommunikation, Weinmeisterstr. 16-17, abends 7 Uhr, Zimmer 25; Betriebs-Kommunikation, Weinmeisterstr. 16-17, abends 7 Uhr, Zimmer 25.

Gewerkschaftsversammlungen

Dienstag, 24. Mai
Für die Mitglieder des Deutschen Bergbauarbeiter-Verbandes findet heute 7 Uhr in den Sophien-Gärten (Weiler Straße), Sophienstr. 17-18, eine Versammlung aller aus dem Boden der U. S. V. D. hervorgehenden Kollegen und Kolleginnen statt. Mittelsabend der Gewerkschaft und Partei legitimieren: Kollegen und Kolleginnen, die mit der U. S. V. D. sympathisieren, können durch Parteiglieder einbezogen werden. Nicht alle Kollegen und Kolleginnen sind es, so dieser Arbeit wichtige Versammlung zu erscheinen. U. S. V. D. -Präsident: Sten- und Sprechereisenberg. Die Kollegen werden nochmals auf die am Dienstag, den 24. Mai, abends 6 1/2 Uhr im „Dresdener Casino“, Dresdenstr. 24, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht. Die Kollegen der Sektionsleitung sowie der Sektionskommissionen müssen eine solche Stunde früher zu einer Besprechung in der Versammlung erscheinen. Die Sektionsleitung.

Mittwoch, 25. Mai
Betriebsrat der Metallindustrie, abends 8 Uhr im Reichenschieffler, Dandbergstr. 31, Gruppenversammlung, Tagesordnung mit durch die Tagespresse noch bekannt gegeben. Freigewerkschaftliche Betriebskontrolle.

Donnerstag, 26. Mai
Abends 7 Uhr findet bei Beierhoff, Göpenstr. 16, ein Festmahl der Kranenführer-Gewerkschaft sowie Betriebsratsmitglieder der Bierschneide- und Glaser- und Kranenführer sowie der Unternehmungen der Gewerkschaftskommisionen und der Betriebsräte der einzelnen Betriebe statt. Tagesordnung: Die Besetzung der Kranenführer. Wir ersuchen alle Beteiligten pünktlich hierzu zu erscheinen. Der Ausschuh der Gewerkschaftskommisionen, J. A.: C. Vollmermann.

Parteiveranstaltungen

Dienstag, 24. Mai
15. Verwaltungsbezirk Treptow (Ober- und Nieder-Schöne-Weide, Johannisthal, Ebershof). Die Sitzung der kommunalen Kommissionen und der Strafrechts-Kommissionen. Die Sitzung der kommunalen Kommissionen und der Strafrechts-Kommissionen findet am Dienstag, den 24. Mai, abends 7 Uhr in den Sophien-Gärten, Weiler Straße 17-18, statt. Tagesordnung: Die Besetzung der Kranenführer. Wir ersuchen alle Beteiligten pünktlich hierzu zu erscheinen. Der Ausschuh der Gewerkschaftskommisionen, J. A.: C. Vollmermann.

Mittwoch, 25. Mai
4. Bezirk, 7 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinder-Schul-Kommissionen, Blumenstr. 31, bei Köpcke.

16. Bezirk, 11. Bezirk (Stadtbezirk 190, 219-227, 233, 237-241, 245, 246, 247). 11. Uhr, gemeinsame Funktionären-Sitzung des Büttlers, Schreiber Str. 33. Die Betriebsräte, kommunale Frauen- und Kinder-Schul-Kommissionen haben daran teilzunehmen. Die Sitzung findet im kleinen Saal des Büttlers bei Köpcke statt.

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Ebershof-Schöne-Weide, Mittliche Zusammenkunft im Lokal Wll. Beiger Str. 17, um 7 Uhr. Die Funktionäre treffen sich eine halbe Stunde früher.

15. Bezirk, 1. und 3. Abteilung, kommunale Kommissionen. Die Sitzung am 25. Mai fällt aus. Die Kollegen nehmen an der Vollversammlung Groß-Berlin am Freitag teil.

15. Bezirk, abends 7 Uhr pünktlich Vorberatung bei Schürmann, Stein über Str. 11.

Verwaltungsbezirk Mitte, Bezirk 3. 1. Abteilung, 7 Uhr bei Element, Sophienstr. 6, Abteilungsvorversammlung. Wahl der Abteilungsleitung.

16. Verwaltungsbezirk (Weidenhof- und Ebershof-Schöne-Weide), Frauenarbeits- und Kinder-Schul-Kommissionen. Abends 7 Uhr bei Köpcke, Ebershof-Schöne-Weide, 15. Bezirk, 11. Bezirk, Mittliche Zusammenkunft. Alle Frauenführer und Betriebsräte treffen sich um 7 Uhr in der Sophien-Kaserne, Reichstr. 11, Gasse 22. Bitte pünktlich zu erscheinen.

16. Verwaltungsbezirk, 11. Bezirk, Mittliche Zusammenkunft in der Kasse der Kranenführer in der Marktstraße. Thema: „Arbeit den Gehörlosen“. Ref.: Genosse Dr. Böhm.

15. Verwaltungsbezirk, 11. Bezirk, Mittliche Zusammenkunft bei Schretner, Friedrichstr. 6.

Bereinstalender

Dienstag, 24. Mai
Sozialistisches Arbeiterjugend, Führerschule, Mittliche Zusammenkunft, Legelert Str. 18, Bericht von der Reichsfeier.

Mittwoch, 25. Mai
Kriegsbeschädigte Soldaten und Reservisten. 7 Uhr Zusammenkunft bei im 3. 8. organisierten Betriebsräte in der Schul-Heim, im Reinigergäßchen 2.

15. Verwaltungsbezirk, 11. Bezirk, Mittliche Zusammenkunft in der Kasse der Kranenführer in der Marktstraße. Thema: „Arbeit den Gehörlosen“. Ref.: Genosse Dr. Böhm.

Donnerstag, 26. Mai
Charlottenberg, Kollegen-Kontrollversammlungen Groß-Berlin. Abends 7 Uhr im Kaiser-Friedrich-Hof, Berlinstr. 88. Mitgliederversammlung über Parteimitgliedschaft, Wahl- und Sektionsarbeiten. Kommissar 9 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshaus, Engelauer 14-15, Vollversammlung aller Wähler, Oberwachungskontrollversammlungen und Schreiner.

Arbeiterport

Der Deutsche Arbeiter-Gewerkschafts-Verband Berlin hat im Reich-Rhein eine neue Schenke eingerichtet. Solange tagen jeden Donnerstag von 7-11 Uhr bei Louis, Altenhofener Str. 12, alle Frauen-Schreiner. Mitglieder werden nach aufgenommen. Bitte willkommen! Anfragen bei den Kollegen Berlin C 24, Schlegelstr. 15, 3 Tr.

Handbuch für Betriebsräte

Zweite Auflage
Soeben erschienen
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2
Breite Straße 8/9